«Das Bedürfnis zu geben und philanthropisch aktiv zu werden, ist gross. Doch um wirklich Wirkung zu erzeugen, muss man von Anfang an überlegt agieren und auf lange Frist klug und nachhaltig investieren.»

Eric Lütenegger
Präsident Rütli-Stiftung

Gutes tun leicht gemacht

Wie Philanthropie wirklich Wirkung zeigt.

Mit seiner Carnegie Steel Company hatte der amerikanische Tycoon Andrew Carnegie im 19. Jahrhundert ein riesiges Vermögen angehäuft. Als er 1889 den Essay «The Gospel of Wealth» publizierte, war er 53 Jahre alt und galt als reichster Mann der Welt. Er schrieb darin: «Der Mann, der reich stirbt, stirbt in Schande.»

Es sei wichtig, hielt er fest, bereits zu Lebzeiten den Reichtum für das Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen. Carnegie spendete etwa Geld, um über 2500 Bibliotheken zu errichten. Der Industrielle sah dies als Hilfe zur Selbsthilfe – wie «wenn man eine Leiter aufstellt, auf der der nach oben Strebende hochklettern kann». Neben kostenlosen Bibliotheken sah Carnegie Parks und Freizeitmöglichkeiten, Kunstvermittlung und öffentliche Einrichtungen als solche «Leitern».

Auch heute möchten viele wohlhabende Menschen ihr Vermögen dafür einsetzen, Gutes zu bewirken. Ein wichtiges Mittel zu diesem Zweck ist weiterhin die Errichtung einer Stiftung. Jedoch sind bei der Gründung verschiedene Fragen genau zu analysieren, damit die Mittel am Schluss nicht verpuffen, sondern wirksam dort ankommen, wo sie hinsollen. Im Dossier werden solche praktischen Fragen beantwortet, aber auch die Kritik, die in den letzten Jahren an der Philanthropie aufgekommen ist, wird aufgenommen.

«Der enorme Reichtum der Reichen fliesst also in Form solcher Einrichtungen, die den Menschen auf die Dauer am meisten nützen werden, wieder der Gemeinschaft zu», schrieb Carnegie 1889. «Somit wird die Kluft zwischen Arm und Reich überbrückt.» Die Arbeitsteilung, den Kapitalismus und die dadurch entstehenden Unterschiede zwischen Reich und Arm lehnte Carnegie dabei keineswegs ab. Er nahm die Wohlhabenden nur in die Pflicht, mit ihrem Vermögen etwas für die Allgemeinheit zu tun.

Eine anregende Lektüre wünscht
Die Redaktion

Für die Unterstützung dieses Dossiers danken wir der Rütli-Stiftung.
Redaktionell verantwortlich ist der «Schweizer Monat».

Die Gemeinnützigkeit braucht ein Update

Die Politik hat eine antiquierte Sicht auf Stiftungen. Das erschwert privates Engagement unnötig.

von Lukas von Orelli

Die Schweiz ist ein philanthropisches Land. An kaum einem anderen Ort auf der Welt werden so viele Stiftungen errichtet, wird so viel gespendet oder Freiwilligenarbeit geleistet wie hierzulande. Dies hat einerseits mit unserem Wohlstand zu tun, andererseits aber auch mit den vorteilhaften liberalen Rahmenbedingungen. Konsequenz davon ist, dass die Schweiz pro Kopf weltweit mit am meisten gemeinnützige Stiftungen aufweist. Deutlich mehr als etwa Deutschland, Grossbritannien oder die USA.

Mit ein Grund ist sicher, dass philanthropisches Handeln hierzulande durch die Steuerbefreiung gefördert wird. Von den rund 17 500 Stiftungen sind 13 500 «gemeinnützig» und deshalb auch steuerbefreit. Während niemand die liberalen zivilrechtlichen Rahmenbedingungen ernsthaft in Frage stellt, wird der Gemeinnützigkeitsbegriff zurzeit auf vielen Ebenen eifrig debattiert. National- und Ständerat sind sich uneinig darüber, ob Gemeinnützigkeit eine Honorierung von Stiftungsräten zulässt, wie sich in der Beratung der parlamentarischen Initiative Luginbühl gezeigt hat. Nationalrat Ruedi Noser will vom Bundesrat wissen, ob Steuerbefreiung und politische Tätigkeit zusammenpassen. Und die kantonale Steuerpraxis orientiert sich aus Sicht der Stiftungsbranche vielfach an einem hoffnungslos veralteten Stiftungsmodell.

Uneigennützig handeln

Um was geht es bei dieser Gemeinnützigkeit? Weshalb wird diese wichtige Säule unseres Stiftungsstandorts immer wieder hinterfragt, und mit welchen Folgen? Wie Andrea Opel in einem früheren Beitrag ausführlich dargestellt hat, stammt der Begriff der Gemeinnützigkeit aus dem Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer. Präzisiert wurde er für die Beurteilung der Steuerbefreiung im Kreisschreiben 12 aus dem Jahre 1994 und den Praxishinweisen der Schweizerischen Steuerkonferenz 2008. Um als gemeinnützig eingestuft zu werden, muss eine Stiftung im wesentlichen im «Allgemeininteresse» tätig sein und daher keine Eigeninteressen sowie keinen Selbstzweck verfolgen (Uneigennützigkeit). Während ersteres durch die «massgebende Volksauffassung» bestimmt wird, bedeutet letzteres ein «altruistisches Handeln» in dem Sinne, dass von den Handelnden «unter Hintansetzung eigener Interessen Opfer erbracht werden».

Ein erster Kritikpunkt an Stiftungen, der in der Diskussion um das «Handeln im Allgemeininteresse» immer wieder durchdringt, ist die angeblich mangelnde demokratische Legitimation. Es sollen nur Zwecke als gemeinnützig gelten, die dieses Erfordernis erfüllen. Entscheidungsprozesse sollen demokratisch oder zumindest demokratisch legitimiert erfolgen.

Nun ist in der Schweiz die Stifterfreiheit selbst durch Verfassung und Gesetz geschützt und dadurch ein starkes privates Engagement für die Allgemeinheit, das auch Spenden und Freiwilligenarbeit mit einschliesst, demokratisch gewollt. Aber das eigentliche Argument für die demokratische Legitimation des Schweizer Stiftungsmodells ist die Pluralität des Sektors. Je grösser die Zahl der Stiftungen ist, umso vielfältiger und breiter sind die gesellschaftlichen Themen, die sie abdecken. So bildet die Plattform Stiftungsstatistik.ch ein Spektrum von berücksichtigten Zwecken ab, wie man sie auch in den öffentlichen Haushalten findet – vom Strassenbau und Militär einmal abgesehen ist fast jedes denkbare Thema zu finden. Je offener und flexibler zudem die erlaubten Stiftungszwecke sind, desto agiler und zeitgemässer nehmen sich Neugründungen Themen an, die am Puls der Zeit sind. So belief sich der Anteil der Umweltzwecke bei den Neugründungen im Jahr 2019 auf 12 Prozent; der Anteil am Gesamtbestand beträgt lediglich 6 Prozent. Stifterinnen und Stifter haben diesem Thema 2019 also eine höhere Priorität zugewiesen als in der Vergangenheit.

Zu grosse Opfererwartung

Ein weiterer häufiger Kritikpunkt an Stiftungen ist die Unterstellung, vor allem der Steuerersparnis der Reichen zu dienen. Eine Studie des Instituts für Verbands-, Stiftungs- und Genossen-

schaftsmanagement (VMI) in Freiburg von 2006 widerspricht dem – gerade einmal 20 Prozent der (anonym) befragten Stifterinnen und Stifter erwähnten die steuerliche Attraktivität mit als Grund für eine Stiftungserrichtung.

Aber spielt es überhaupt eine Rolle, weshalb Stiftungen errichtet werden? Ist nicht die viel wichtigere Frage, ob die Gesellschaft davon profitiert, wenn die Schweiz ein attraktiver Stiftungsstandort ist? Dass sie profitiert, konnte eine Studie von PWC in Zusammenarbeit mit SwissFoundations 2019 nachweisen (mehr dazu auf S. 74). Bleibt noch zu erwähnen, dass die Schweizer Stiftung kein Instrument der Superreichen ist. 80 Prozent weisen ein Kapital von weniger als 3 Millionen Franken aus.

Ein vitaler Stiftungssektor, der jedes Jahr zahlreiche und vielfältige Neugründungen erlaubt, ist die beste Gewähr dafür, dass gesellschaftliche Themen immer wieder neu abgeholt und zeitnah angegangen werden. Eine breite und grosszügige Auslegung des «Allgemeininteresses» ist dafür eine unabdingliche Voraussetzung.

Während das «Allgemeininteresse» eher auf gesellschaftlicher Ebene thematisiert wird und die Praxis dazu grundsätzlich immer noch liberal ist, beruht die Steuerpraxis im Zusammenhang mit der «Uneigennützigkeit» auf einem unzeitgemässen Stiftungsverständnis der Behörden. Problematisch ist hier zum einen die Ausdehnung einer Opfererwartung über die Stifter hinaus auf die Stiftungsrätinnen und -räte im Zusammenhang mit ihrer Honorierung. Für die Steuerbefreiung der Stiftung sollte allein das «Opfer» der Stifterinnen und Stifter bei der Vermögenswidmung entscheidend sein und nicht der Verzicht auf ein angemessenes Honorar durch mandatierte Dritte. Letztlich dient der Gesellschaft ein professionelles Aufgabenverständnis mehr als eines, das als «Spende» verstanden und daher womöglich weniger ernst genommen wird.

Ein weiteres Problemfeld ist das unter Steuerbehörden verbreitete Verständnis, dass nur uneigennützig ist, wer Geld «verschenkt», also die klassischen Zuwendungen à fonds perdu entrichtet. Mittlerweile haben Stiftungen aber erkannt, dass sie durch Darlehen und Kapitalbeiträge oft wesentlich mehr bewirken können, da sie im Erfolgsfall Geld zurückerhalten, das zweimal ausgegeben werden kann. Steuerbehörden tun sich oft schwer damit, dass ein Projekt uneigennützig sein kann, wenn Geld zurückfliesst. Weshalb jedoch Geld, das zurückfliesst, um erneut im Sinne des Allgemeininteresses eingesetzt zu werden, eigennützig sein soll, ist nicht einzusehen.

Jede Neugründung bringt Vorteile

Wie profitiert die Schweiz, wie profitieren die Kantone von einem prosperierenden Stiftungssektor? Von den bestehenden Zuwendungen einmal abgesehen, ziehen sie aus jeder Neugründung mittelbar und unmittelbar Vorteile. Unattraktive Rahmenbedingungen führen zu einer Gründung an einem anderen Ort; vor allem grosse Vermögen sind international mobil. Eine Stiftung, die vor Ort keine Steuern bezahlt, aber dafür zumindest einen Teil ihrer Zuwendungen auszahlt, ist immer noch besser als dieselbe Stiftung in Grossbritannien, Delaware oder auf den Bahamas. Angesichts der Riesensummen, die jährlich vererbt werden – in der Schweiz je nach Quelle bis zu 95 Milliarden Franken pro Jahr, in Deutschland über 400 Milliarden Euro pro Jahr –, und angesichts der Tatsache, dass an jeder Stiftung Privatvermögen, Familien, Unternehmen hängen, ist ein attraktiver Stiftungsstandort für die Schweiz ein klarer Wettbewerbsvorteil. Zusätzlich liefert er über die Ausschüttungen auch noch eine Art «Prämie» an die Gesellschaft.

Eine grosszügige Handhabung des Allgemeininteresses, die Beschränkung des «Opfer»-Begriffs auf die Vermögenswidmung und die Ermöglichung unternehmerischer Fördermodelle, wie es von der Stiftungsbranche schon seit Jahren gefordert wird, würden die Attraktivität des schweizerischen Stiftungsmodells zum Wohle der Allgemeinheit sichern. Dies in einer Zeit, in der die gesellschaftlichen Herausforderungen immer grösser werden und gleichzeitig viel freiwilliges Kapital sein Domizil sucht. ‹

> «Je offener und flexibler die erlaubten Stiftungszwecke sind, desto agiler und zeitgemässer nehmen sich Neugründungen Themen an, die am Puls der Zeit sind.»
>
> **Lukas von Orelli**

[1] Andrea Opel: Die Sache mit der Gemeinnützigkeit. In: Schweizer Monat 1068 von Juli/August 2019.
[2] Der Schweizer Stiftungsreport 2020, www.swissfoundations.ch/publikationen/der-schweizer-stiftungsreport-2020
[3] Beat Hunziker und Bernd Helmig: Motive zur Stiftungsgründung in der Schweiz. In: Verbands-Management, 32 (2006), S. 18–27.

Lukas von Orelli
ist Geschäftsführer der Velux-Stiftung und Präsident von SwissFoundations.

Jenseits von **Markt und Staat**

Philanthropie spielt eine wichtige Rolle im Streben nach einem besseren Leben für alle. Dennoch mehren sich kritische Stimmen. Höchste Zeit für eine Ehrenrettung.

von Beth Breeze

Was Philanthropie ist, sollte einfach zu klären sein. Der Begriff meint schlicht: Menschenliebe («philo-» und «-anthropos»). Doch so einfach und vertraut er uns scheint, so komplex und umstritten ist er. Historische Zeugnisse philanthropischer Tätigkeit reichen zurück bis in die frühesten bekannten Zivilisationen. Heute gibt es Philanthropie in allen Gesellschaften. Historische Beispiele sind die gigantischen (und unter gigantischen Kosten errichteten) mittelalterlichen Kathedralen Nordeuropas oder die 2500 Bibliotheken, die der schottisch-amerikanische Philanthrop Andrew Carnegie vom späten 19. bis ins frühe 20. Jahrhundert überall in der Welt stiftete – und nicht zuletzt die Finanzierung der Impfstoffforschung in Reaktion auf die Covid-19-Krise. Doch all diesen glänzenden Beispielen zum Trotz lässt sich nur schwer erklären, warum es Philanthropie gibt, welche Rolle sie spielen sollte und warum sie es wert ist, gefördert zu werden – ungeachtet der jüngst aufwallenden Bedenken ob des vermeintlichen Schadens, den Grossspenden und Grossspender anrichten.

Um diese Fragen zu beantworten, können wir Philanthropie mit zwei anderen gesellschaftlichen Hauptsektoren vergleichen: Staat und Wirtschaft. Während der Staat öffentlichen Nutzen durch öffentliche Massnahmen herzustellen sucht und die Wirtschaft privaten Nutzen durch private Massnahmen, geht es bei Philanthropie um die gezielte Kombination privater Massnahmen in der Verfolgung öffentlichen Nutzens.

Das Problem kollektiven Handelns

Was das Konzept der Philanthropie komplex macht, ist das Fehlen von Zwang oder eines zwingenden Eigeninteresses, das einen Fluss wohltätiger Mittel garantieren würde. Der Staat zwingt seine Bürger, Steuern zu entrichten, um öffentliche Leistungen für alle bereitstellen zu können. Unternehmen bieten all jenen unmittelbaren Nutzen, die bereit sind, für die von den Unternehmen hergestellten Güter und Dienstleistungen zu zahlen. Der Philanthropie aber fehlt es sowohl am Zuckerbrot als auch an der Peitsche: Niemand ist gezwungen, etwas beizutragen, und es gibt kein Mittel gegen Trittbrettfahrer, die von den geförderten Nutzen profitieren – ob medizinische Errungenschaften, eine sauberere Umwelt, Museen oder eine Reduktion unnötiger Todesfälle. Darin liegt der Grund, warum der Philanthropiesektor von der Problematik kollektiven Handelns betroffen ist: Wie lassen sich einzelne Menschen mit ihrem Eigeninteresse dazu bewegen, sich am Streben nach gemeinschaftlichen Zielen zu beteiligen, wo sie doch auch ohne eigenes Zutun profitieren würden? [1]

Die beiden Hauptstrategien zur Überwindung der Problematik kollektiven Handelns sind Zwang und Anreize. Der Staat nutzt Zwang, indem er seine Bürger zum Zahlen von Steuern verpflichtet. In Wirtschaft und Philanthropie hingegen erhalten Kunden und Spender Anreize. Doch während die Anreizfunktion im kommerziellen Bereich offensichtlich ist, insofern Kunden direkt von ihren Ausgaben profitieren, gestaltet sich die Nutzung von Anreizen im Non-Profit-Bereich komplizierter. Spender werden zunehmend kritisch beäugt und ihre Motive hinterfragt. Jede Art Nutzen für den Spender, so vage oder unbedeutend dieser Nutzen auch sein mag, ist verdächtig.

Selbst wenn Spender nichts für ihre Gaben erhalten als Dankbarkeit seitens der Empfänger oder einfach ein «warmes Gefühl», gibt es Menschen, die ihre Aufrichtigkeit und die Authentizität

«Der Philanthropie fehlt es sowohl am Zuckerbrot als auch an der Peitsche: Niemand ist gezwungen, etwas beizutragen, und es gibt kein Mittel gegen Trittbrettfahrer, die von den geförderten Nutzen profitieren.»

Beth Breeze

Beth Breeze, zvg.

ihrer wohltätigen Handlungen in Frage stellen. Aus der Dialektik des Schenkens – dass im Geben ein Erhalten liegt – folgt, dass aller Philanthropie ein unauflösbarer Widerspruch zugrunde liegt: Der wirksamste Hebel, um Trittbrettfahrerei zu reduzieren, liegt darin, jeden, der es sich leisten kann, zum Geben zu ermutigen und ihm Anreize zu bieten. Doch genau das läuft gesellschaftlichen Normen zuwider und führt zu einem Anwachsen der Kritik.

Warum also braucht es angesichts der unkomplizierten Finanzierungswege, die Staaten und Unternehmen offenstehen, noch einen Sektor, der mit einer so leicht auszunutzenden Schwachstelle wie der Möglichkeit zum Trittbrettfahren behaftet ist – und dem obendrein eine Dialektik innewohnt, an der sich all jene stossen, die glauben, alles Geben müsse vollkommen uneigennützig sein? Theoretiker haben gezeigt, dass philanthropische Lösungen dort nötig werden, wo die anderen Sektoren bestimmte Güter und Dienstleistungen nicht in angemessener Menge bereitstellen können:

- Der Markt versagt, wo keine Profite gemacht werden können, weil «Kunden» nicht zahlungsfähig sind (etwa Menschen, die auf Katastrophenhilfe oder Suppenküchen angewiesen sind) oder weil asymmetrische Information dazu führt, dass Anbieter versucht sind, Leistungen zu unterschlagen (etwa Dienstleister, deren Kunden verletzlich oder ohne Stimme sind, wie Obdachlosenunterkünfte oder Tierrettungsdienste).
- Der Staat versagt, wo die öffentliche Nachfrage nicht ausreicht, um ihm ein Mandat zum Eingreifen zu geben – entweder weil das Problem nur eine Minderheit betrifft und den typischen Wähler nicht anspricht (etwa neuartige soziale Probleme, seltene Krankheiten oder ein kulturelles Nischenanliegen) oder weil die Nachfrage von unbeliebten oder marginalisierten Gruppen kommt (etwa künstlerische Tätigkeiten für Gefangene oder Unterstützung für Asylbewerber).

Eine andere, positivere Erklärung sieht den Philanthropiesektor nicht als Anbieter «letzter Instanz», sondern spricht ihm in manchen Bereichen einen komparativen Vorteil gegenüber Markt und Staat zu. Unter bestimmten Umständen ist die Art und Weise, wie eine Dienstleistung erbracht wird, eng mit gemeinschaftlich geteilten sozialen und emotionalen Erfahrungen verknüpft. Solche Leistungen werden daher am besten von Personen erbracht, die die Herausforderungen aus persönlicher Erfahrung kennen und die einfach nur helfen wollen – ohne Gewinnabsicht. Zum Beispiel würde jemand, der sich mit Selbstmordgedanken trägt oder der Opfer sexueller Gewalt geworden ist, Hilfe wohl eher von einem mitfühlenden Freiwilligen oder einem Non-Profit-Angestellten annehmen als von einem Beamten oder dem Vertreter einer gewinnorientierten Organisation.

Dass es Philanthropie überhaupt gibt, wird von manchen als Anzeichen dafür gesehen, dass der Staat seine Bürger nicht ausreichend versorgen kann. Das ist fraglos keine abwegige Deutung. Einige Spender stopfen zwar Versorgungslücken, tun dies aber nur widerwillig, da sie den Standpunkt vertreten, der Staat solle seine Aufgabe erfüllen und dass die Rolle privater Spender darauf beschränkt sein solle, quasi die Kirsche auf der Torte zu liefern. Doch dieser knappe Überblick geläufiger Erklärungen für die Existenz philanthropisch finanzierten, nicht gewinnorientierten Handelns zeigt, dass dieses oft die einzige, beste oder bevorzugte Option darstellt, wo bestimmte Güter und Dienstleistungen bereitgestellt werden müssen.

Akademische, Insider- und populistische Kritik

Drei Arten Kritik haben zuletzt an Lautstärke und Popularität gewonnen und mischen sich zu einer existenziellen Bedrohung für Legitimität und Schicklichkeit der Philanthropie:

Die erste, die ich die akademische Kritik nenne, fokussiert auf das Wie von Philanthropie. Sie fragt, ob nicht deren Existenz und gegenwärtige Methoden, insbesondere die der vermögenserhaltenden, auf die Ewigkeit angelegten Stiftung, ungleiche Machtstrukturen zementieren, Ungleichheit verschärfen und das demokratische Prinzip der politischen Gleichberechtigung an der Wahlurne und der nachfolgenden Gesetzgebung erodieren. Im Kern befürchtet diese Art Kritik, dass Geben undemokratisch sein könne.

Die zweite Art Kritik, die ich Insiderkritik nenne, fokussiert vor allem auf das Was von Philanthropie. Sie fragt, ob die von Spendern bevorzugten Herausforderungen die richtigen seien. Des weiteren untersucht sie, auf welcher Basis die Allokation philanthropischer Ausgaben erfolgen soll und wie bessere Spendenentscheidungen getroffen werden können. Im Kern befürchtet diese Art Kritik, dass Spenden falsch verteilt werden könnten.

Die dritte Art Kritik, die ich die populistische Kritik nenne, besteht in medial verwertbarer Denunziation von Grossspendern. Wie Populismus allgemein liefert auch die populistische Philanthropiekritik einfache Erklärungen für komplexe Phänomene. Sie fokussiert fast ausschliesslich auf das Warum von Philanthropie, indem sie die Motive von Spendern anzweifelt und auf mögliches Eigeninteresse untersucht. Auch greift sie einzelne Philanthropen persönlich an. Im Kern befürchtet diese Art Kritik, Geben könne tatsächlich gut getarntes Nehmen sein.

Die drei Arten Kritik sind seit geraumer Zeit in Umlauf, werden aber heute mit einer nie dagewesenen Intensität vorgebracht. Auf Social Media werden sie zudem durch moralische Poseure verstärkt, worunter der gesamte Philanthropiesektor leidet, statt dass an spezifischen Problemfeldern gearbeitet wird. Auch ist es bedenklich, dass die Kritik meist auf eine Handvoll prominenter Philanthropen zielt, sich jedoch zu einer Kritik an Philanthropie als solcher ausweitet. Dadurch gerät die Finanzierung nichtgewinnorientierter Projekte in Gefahr, die anderer Geldquellen als philanthropischer bedürfen.

Die bedeutendsten Erfolge

Dieser Artikel argumentiert, dass Philanthropie alltäglich, komplex und umstritten ist. Sie ist aber auch unverzichtbar und verdient daher eine entschiedene Verteidigung. Unverzichtbar ist

Philanthropie für den einzelnen wie für Gemeinschaften, da sie lebensrettende und lebensverbessernde Aktivitäten finanziert.

Im Rahmen eines meiner Forschungsprojekte habe ich Kollegen aus dem britischen Philanthropiesektor zu den ihrer Ansicht nach bedeutsamsten historischen oder aktuellen Errungenschaften befragt, die durch philanthropische Unterstützung zustande gekommen seien. Die Ergebnisse zeigen, wie wichtig Philanthropie war und ist.

Die umfangreichste Kategorie philanthropischer Errungenschaften vor 1900 umfasst ein breites Spektrum sozialer und gesundheitlicher Leistungen, die von Philanthropen bezahlt oder bereitgestellt wurden, lange bevor der Staat seine Verantwortung für das Wohl seiner Bürger wahrzunehmen begann. Abgesehen von der alten Tradition des direkten Almosengebens finden sich in dieser Kategorie das Zurverfügungstellen von Wohnraum für die Armen, die Waisenfürsorge sowie das Errichten von Spitälern und die Übernahme von Behandlungskosten für Mittellose.

Die meistzitierte historische Errungenschaft war die philanthropisch finanzierte und betriebene Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei in Grossbritannien. Die Gesellschaft zur Abschaffung des Sklavenhandels wurde 1787 von Granville Sharp und Thomas Clarkson gegründet, und der politischen Führerschaft eines William Wilberforce wird weithin voller Bewunderung gedacht. Viele Tausende philanthropisch gesinnter Frauen und Männer beteiligten sich an der Kampagne, gründeten Ortsgruppen, betrieben Fundraising, verteilten Flugblätter und arbeiteten jahrzehntelang kollektiv auf die Verabschiedung des Gesetzes zur Abschaffung des Sklavenhandels von 1807 und des Gesetzes zur Abschaffung der Sklaverei von 1833 hin.

Die meistgenannte moderne Errungenschaft war die philanthropische Bewegung gegen Hunger und Armut in der Dritten Welt. Entwicklungshilfe wird von Wissenschaftern oft kritisch betrachtet. Zu Recht beleuchten die Forscher neokolonialistische Aspekte sowie die Folgen von Ausbeutung und einer Verschärfung des Nord-Süd-Machtgefälles. Dennoch werden Katastrophenhilfe und Langzeitprojekte von der britischen Öffentlichkeit weiterhin begeistert unterstützt – etwa Bemühungen um fairen Handel, Mikrofinanzierungen, Gesundheitsinfrastruktur und nicht zuletzt die «Jubilee Debt»-Kampagne, die dazu führte, dass den ärmsten Ländern zur Jahrtausendwende ungerechte oder nichtbetreibbare Schulden in Höhe etlicher Milliarden Franken erlassen wurden.

Die zweite Kategorie moderner philanthropischer Errungenschaften betrifft die medizinische Forschung sowie bahnbrechende Gesundheitsdienstleistungen. In ihr finden sich Hospize, die ein Sterben in Würde und ohne allzu grosse Schmerzen ermöglichen; ausserdem die philanthropische Reaktion auf die Aids-Epidemie, die für präventive Aufklärung und für die Unterstützung Infizierter sorgte, als der Staat noch gar nicht tätig geworden war; und nicht zuletzt das Humangenomprojekt, das schliesslich zur Entschlüsselung des gesamten menschlichen

«Selbst wenn Spender nichts für ihre Gaben erhalten als Dankbarkeit seitens der Empfänger oder einfach ein ‹warmes Gefühl›, gibt es Menschen, die ihre Aufrichtigkeit und die Authentizität ihrer wohltätigen Handlungen in Frage stellen.»

Beth Breeze

«Geld ist ein wesentlicher Faktor, wenn es darum geht, gesellschaftlichen Wandel zu erringen und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.»

Beth Breeze

Erbguts führte und zu dem der britische Wellcome Trust, eine der weltweit grössten philanthropischen Stiftungen, einen bedeutenden Beitrag leistete.

Seit der Durchführung der Umfrage gelang mit philanthropischer Hilfe ein weiterer bedeutender Durchbruch: die fast vollständige Ausrottung der Kinderlähmung. In den 1980er-Jahren traf Polio täglich Tausende Kinder mit Lähmung. Heute, nachdem 2,5 Milliarden Kinder geimpft worden sind – und zwar mit Hilfe zahlreicher grosser und kleiner Spenden wie etwa den 3 Milliarden Dollar der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung –, werden die Polio-Wildviren von Typ 2 und 3 für ausgerottet erklärt. Nur eine Handvoll Fälle von Infektionen durch den Typ 1 treten weiterhin auf.

Die dritte Kategorie moderner Errungenschaften betrifft den fortgesetzten Einsatz philanthropisch finanzierter Kampagnen zur Herbeiführung gesellschaftlichen Wandels – etwa die Kampagnen, die in der Folge des Dunblane-Massakers 1996 zum Verbot von Handfeuerwaffen im Vereinigten Königreich führten, oder die Kampagnen, die zu Gesetzgebung im Sinne des Gleichheitsideals führten (etwa die gleichgeschlechtliche Ehe oder die Einführung eines einheitlichen Mindestalters für einvernehmlichen Sex). Viele Kampagnen richten sich an den Staat, der entweder Gesetze ändern oder mehr Mittel zur Verfügung stellen soll. Wo Kritiker anmerken, dass es für Philanthropie gar keinen Bedarf gebe, würden Bürger und Unternehmen nur genug Steuern zahlen, darf aber nicht vergessen werden, dass der Staat die so aufkommenden Mittel nicht zur Lobbyarbeit nutzen würde. Während demokratische Prinzipien dafür sorgen, dass jeder Erwachsene eine Stimme an der Urne hat, ist es oft die Philanthropie, die dafür sorgt, dass die Stimmen der Bürger auch zwischen Wahlen gehört werden.

Sicherlich hat Philanthropie die erwähnten Errungenschaften nicht im Alleingang herbeigeführt, doch wird der Anteil philanthropischer Finanzierung oft übersehen und verdient es, vor dem Hintergrund zunehmender Angriffe auf die Rolle und den Zweck privat finanzierter Initiativen herausgestrichen zu werden. Geld ist ein wesentlicher Faktor, wo es darum geht, gesellschaftlichen Wandel zu erringen und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Und doch werden diejenigen, die solche Mittel freiwillig bereitstellen, bestenfalls ignoriert, oft aber diffamiert.

Private Initiativen für das Gemeinwohl sind nur ein Teil einer weit umfangreicheren laufenden und wohl nie endenden Debatte: wie die Bedürfnisse einzelner und die von Gemeinschaften gestillt werden können. Staat und Märkte könnten fraglos besser organisiert werden, um Wohlstand und Wohlergehen fairer zu verteilen und die Ressourcen unseres Planeten nicht zu übernutzen. Doch können und sollten wir jene Menschen nicht aufhalten, die aus freien Stücken ihre eigenen Mittel zum Nutzen anderer, zum Nutzen künftiger Generationen einsetzen. Philanthropie ist alltäglich, komplex, umstritten und wichtig – und verdient es, verteidigt zu werden. ‹

Aus dem Englischen übersetzt von Jan Meyer-Veden.

[1] Mancur Olson: The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups. Cambridge: Harvard University Press, 1965.

Beth Breeze

leitet das Centre for Philanthropy an der University of Kent in Grossbritannien. Sie hat zehn Jahre im Fundraising und im Management von wohltätigen Organisationen gearbeitet, bevor sie zu lehren begann. Zuletzt von ihr erschienen: «In Defence of Philanthropy» (Agenda Publishing, 2021).

«Politisch ist auch das Kleine wichtig»

Der Tessiner Financier über Geld als Geist, die Pandora Papers und seine philanthropischen Aktivitäten.

Ronnie Grob trifft Tito Tettamanti

Herr Tettamanti, in der Schweizer Öffentlichkeit gelten Sie als einer der letzten eingefleischten Kapitalisten. Verschenken Kapitalisten Geld?
Ich vermute, dass Kapitalisten nicht dazu tendieren, Geld zu verschenken, sondern ihr Vermögen vernünftig – auch für die Gesellschaft – arbeiten lassen.

Was ist ein guter Philanthrop und was ein schlechter?
Das ist schwierig zu beantworten: Philanthropie ist per se gut und sollte gut gemeint sein. Selbstverständlich kann sie effizient oder weniger effizient betrieben werden. Auch können sich die gesetzten Ziele und die erreichten Erfolge stark unterscheiden.

Was ist Ihre Motivation, Geld zu geben? Aus welchen Gründen sind Sie philanthropisch tätig?
Ich komme aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Da meine drei Töchter kein Interesse hatten, meine unternehmerische Tätigkeit weiterzuverfolgen, habe ich schon vor dreissig Jahren im Einverständnis mit ihnen und meiner Ehefrau entschieden, dass es korrekt wäre, einen Grossteil meines Vermögens an die Gesellschaft und ihr System zurückzugeben. Sie sind es, die mir erlaubt haben, mein Vermögen zu erwirtschaften.

Sie sprechen vom marktwirtschaftlichen System der Schweiz?
Ja, aber nicht nur.

Über Ihre eigene Erziehung sagten Sie 2008 im «Schweizer Monat»: «Die Familie war sehr intakt, aber Sie müssen wissen, dass ich Einzelkind war. Ich bin der typische egoistische Individualist. Einzelkinder haben oft Mühe zu teilen. Wenn ich teile, so tue ich dies aus Überzeugung, verspreche mir einen Nutzen davon.» Ist das Ihr Grundverständnis von Philanthropie?
Ich war, bin und bleibe ein gesunder, vernünftiger Egoist, wie fast alle von uns. Der Unterschied ist, dass ich geständig bin. Vielleicht hat das etwas zu tun mit den interessanten Ideen von Charles Darwin. Egoismus verbietet jedenfalls nicht, Philanthropie zu betreiben, und diese befördert den Aufbau einer harmonischen Gesellschaft, die menschliche Bedürfnisse nicht vergisst. Gesunde Egoisten schätzen die Vorteile der Harmonie.

«Der Mann, der reich stirbt, stirbt in Schande», behauptete der US-Stahltycoon Andrew Carnegie im 19. Jahrhundert. Was bedeutet es Ihnen, Geld zu besitzen?
Sich die Frage zu stellen, was Geld ist und wofür es nützlich ist. Als ich 1993 von der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften angefragt wurde für einen Vortrag über das Thema «Geld und Geist», stellte ich die These auf, dass Geld eine der besten Erfindungen des Geistes sei und in diesem Sinn angewendet werden sollte. Es ist ein Mittel, das bei der Verwirklichung von menschlichen Zielen hilft. Geld ist Geist, ja, es ist eine der wichtigsten und originellsten Schöpfungen des Geistes.

Warren Buffett und Bill Gates haben sich der «Giving Pledge» angeschlossen, einem öffentlichen Commitment, den Grossteil des

eigenen Reichtums an die Philanthropie zu übergeben – würden Sie da auch beitreten?
Nein, aus dreizehn Gründen: erstens, weil ich bei weitem nicht das Vermögen eines Buffetts oder Gates' besitze. Die anderen 12 Gründe sind nicht so wichtig. Spass beiseite, ich habe für mein Vermögen eine Lösung gefunden, die auf mich zugeschnitten und meinen Mitteln angepasst ist.

Im Jahr 1960 haben Sie im Alter von 30 Jahren Fidinam gegründet. Anfang Oktober war die Beratungsfirma in den Medien: Berichtet wurde mit Informationen aus einem Datenleck namens* Pandora Papers *über das Verhalten der Firma. Herausgekommen ist dabei, dass Fidinam gesetzestreu gehandelt hat. Wie haben Sie das aufgenommen?
Das ist eine kalte Suppe. Vor zehn Jahren waren es die *Panama Papers* und vor fünf Jahren die *Paradise Papers*, dieses Mal eben die *Pandora Papers*. Der Grund für die Publikation dieser Leaks ist zu suchen in linken und staatlich gelenkten Strömungen, die ganz allgemein gegen den Wettbewerb zwischen Systemen sind. Sie wollen verhindern – und deswegen auch gesetzlich verbieten –, dass ein Land, das besser geführt wird als ein anderes, die Möglichkeit wahrnimmt, seine Bürger nicht so massiv zu besteuern wie ein anderes. Es gibt Geldgeber, die Journalisten finanziell unterstützen für eine Kampagne, die den Moralismus (nicht die Moral) über das Gesetz stellt. So werden gesetzlich erlaubte Mittel, um eine Steuerverminderung zu erreichen – und darum handelt es sich –, kritisiert aus moralistischen Überlegungen. Das sind Beweggründe, die auf sehr wackliger Grundlage stehen. Denn von wem, frage ich, werden diese Standards festgelegt? Dieselben Moralisten schämen sich nicht, gestohlene Dokumente für ihre Kampagnen zu benutzen. Es ist im Grunde die gleiche Moral wie bei der Hehlerei von Steuerdokumenten seitens deutscher Behörden, die – man staune – nicht als Verbrechen angesehen wurde. Steht der Staat über den Gesetzen? Das erinnert mich an gefährliche Theorien des letzten Jahrhunderts.

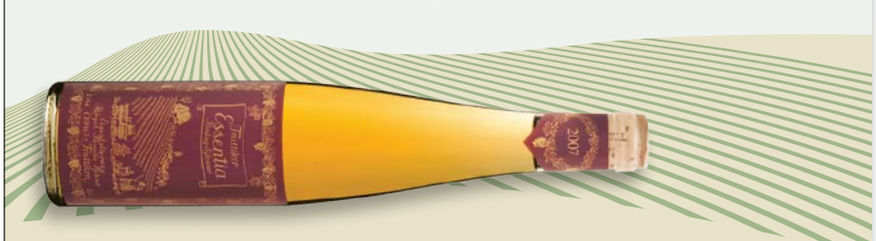
Sie sind Stiftungsratspräsident der gemeinnützigen Fidinam Stiftung, die in den letzten zehn Jahren – zusammen mit ihrer Schwesterorganisation Fidinam International Charity Foundation – insgesamt 14 Millionen Schweizer Franken gespendet hat. Was fördern Sie, was nicht? Was liegt Ihnen am Herzen?
Die ersten Jahre waren wir sehr vorsichtig in der Vergabe, weil auch Philanthropie erst einmal gelernt werden muss. Die Ziele der Stiftung – Bildung und Kultur, Gesundheit, Armutsbekämpfung und Förderung der Marktwirtschaft – liegen mir am Herzen. Wir können uns im Tessin dank unserer bescheideneren Grösse auch um Anträge kümmern, die nur relativ kleine Summen anfragen. Wie bei den Unternehmungen gibt es auch bei den Stiftungen die «Multis» und die KMU – wir zählen uns zu letzteren.

Wie gehen Sie vor?
Wir beurteilen die Gesuche von Fall zu Fall, ob sie unseren Zielen entsprechen sowie nach Wichtigkeit und Dringlichkeit. Bei Anfragen seitens Stiftungen, NGO oder anderer Institutionen schauen wir auch auf die Bilanzen, und wenn wir sehen, wie es manchmal passiert, dass 20 oder 30 Prozent der Einnahmen den Strukturkosten gewidmet sind, beeinflusst uns das negativ.

Müssen Stiftungsräte gratis arbeiten?
Ohne weiteres, bei uns ist das ein Must. Die Bearbeitung der einzelnen Gesuche wird von unserer Vizepräsidentin ad honorem gemacht und das Sekretariat wird von der Fidinam SA gespendet. Damit fliessen 100 Prozent des Geldes zugunsten der Antragsteller. Selbstverständlich muss man einen Unterschied machen zwi-

Anzeige

Familie Zahner | 8467 Truttikon
052 317 19 49 | www.zahner.biz | zahner@swissworld.com



Süsser Dessert-Wein, 3,5 dl.

Fr. 18.–

Truttiker Essentia

Der «Sauternes von Truttikon»

«Ich war, bin und bleibe ein gesunder, vernünftiger Egoist, wie fast alle von uns. Der Unterschied ist, dass ich geständig bin.»

Tito Tettamanti

Tito Tettamanti, zvg.

«Egoismus verbietet jedenfalls nicht, Philanthropie zu betreiben, und diese befördert den Aufbau einer harmonischen Gesellschaft, die menschliche Bedürfnisse nicht vergisst. Gesunde Egoisten schätzen die Vorteile der Harmonie.»

Tito Tettamanti

schen KMU-ähnlichen Stiftungen wie unserer und Stiftungen, die in die Milliarden gehen und die ohne Strukturen unmöglich zu führen wären.

Was für Projekte unterstützen Sie konkret?
Konkret haben wir im kleineren Rahmen zum Beispiel Laientheater unterstützt, lokale Kinderbetreuung sichergestellt, während der Pandemie bedürftige Personen beim Einkauf und mit der Verteilung von Lebensmitteln unterstützt, Nachhilfestunden für Schüler ermöglicht – es sind Projekte, die dem gemeinschaftlichen Leben in verschiedenen Ortschaften zugutekommen. Im Grunde genommen handelt es sich dabei um eine Hilfe zur Entfaltung der Zivilgesellschaft in Gemeinden und in der Region und somit indirekt um eine Unterstützung der direkten Demokratie. Politisch ist auch das Kleine wichtig.

Über welche Erfolge Ihres finanziellen Engagements haben Sie sich besonders gefreut?
Wir wollen und können mit unseren bescheidenen Mitteln die Welt nicht verändern, aber auch das Meer besteht aus vielen kleinen Tropfen Wasser. Ein Erfolg war die Einführung eines Lehrstuhls in Humanitarian Logistics an der Università della Svizzera Italiana (USI) in Lugano dank unserer Unterstützung. Das Ziel dieser Initiative ist es, Leute aus unterentwickelten Ländern zu schulen und ihnen Kompetenzen zu vermitteln, so dass sie im Katastrophenfall vor Ort richtig intervenieren können. Wir wissen, dass etwa im Fall einer Naturkatastrophe in einem sich entwickelnden Land die allgemeine Generosität geweckt wird, zum Beispiel in Europa. Ein Teil der Schenkungen jedoch geht schon in Europa verloren oder wird gestohlen, während ein anderer Teil aufgrund des Mangels an fähigen Leuten an Ort und Stelle verschwendet wird. Durch den erwähnten Master verfügen heute sicher einige hundert Leute aus sich entwickelnden Ländern über die notwendigen Kompetenzen. Das entspricht meiner Überzeugung: Die Hilfe soll an Ort und Stelle stattfinden.

Was soll der Staat machen, was die Philanthropie? «Wir müssen nur den perfekten Staat bauen, dann braucht es keine Philanthropie», behaupten die Linken.
Diese Einstellung ist falsch und von der Ideologie behaftet. Stiftungen sind auf globaler Ebene aus mehreren Gründen ausserordentlich wichtig. Sie stellen erstens Geld zur Verfügung, ohne die öffentlichen Bilanzen zu belasten. Sie sind zweitens viel mobiler als Staaten, entscheiden rasch und sparen die Kosten der bürokratischen Vermittlung ein. Und sie bemühen sich drittens auch um Fälle, die für Staaten – auch aus klientelistischen Gründen – keine Priorität darstellen.

Gemeinnützige Stiftungen und Zuwendungen sind steuerlich begünstigt – zu wenig oder zu viel?
Wenn wir mehr Subsidiarität möchten, benötigen wir mehr Abzugsmöglichkeiten im Rahmen der Steuererklärung. Das motiviert dazu, das Geld nicht als Ersparnis zu halten, sondern wieder zugunsten einer Unterstützung von Bedürftigen in den Verkehr

zu setzen. Noch dazu sind die Abzüge sehr wichtig für die Stiftungen, die sich durch öffentliche kleine Spenden finanzieren.

Ist eine Welt denkbar nur mit Stiftungen mit privatem Geld – ohne Staatsapparat, ohne Gewaltmonopol und Eigentumsgarantie eines Territorialstaats? Haben Sie schon mal daran gedacht, in eine freie Privatstadt auszuwandern?
Das sind reine Utopien. Mit aller Anerkennung für Figuren wie Thomas Moore, Francis Bacon und Tommaso Campanella sind Utopien gefährlich und bestehen aus schönen Träumen – und Träume sind Schäume. Ich kenne und schätze die Überlegungen von Murray Rothbart und Hans-Hermann Hoppe. Ihre Studien sind interessant, um uns wach zu halten, in der Realität aber schwierig anzuwenden. Deshalb bin ich nie auf die Idee gekommen, in eine freie Privatstadt auszuwandern.

Viele Financiers und Industrielle wie Sie sammeln Kunst – Sie auch?
Nein, dafür fehlt es mir an Leidenschaft, Begabung und der entsprechenden Kultur. Museen wie das der Stiftung der Hilti-Familie in Liechtenstein setzen nicht nur Geld voraus, sondern auch Anstrengungen, Studien, Begeisterung und Kultur. Die Sammlung von Christoph Blocher – insbesondere die Kunstwerke von Ferdinand Hodler und Albert Anker – entspricht auch seinen Interessen und Kenntnissen der Schweizer Geschichte und seiner Würdigung für die Wichtigkeit der Wurzeln unserer Gesellschaft.

Als vermögender Mann haben Sie täglich mit Leuten zu tun, die Sie um Geld bitten. Wie gehen Sie damit um?
Ich leite sie weiter an die Fidinam Stiftung.

60 Prozent der Aktien der Fidinam SA sind bereits jetzt in der Hand der Fidinam Stiftung und nur 40 Prozent in den Händen des Führungspersonals des Unternehmens. Was geschieht im Falle Ihres Todes?
Das ist kein Problem. Die Aktien sind bei der Charity Foundation, worauf weder ich selbst noch meine Nachfolger einwirken können, und das wird auch in Zukunft so bleiben. Jene Personen, die ich mit der Verwaltung betraut habe, sind langjährige Vertrauensleute von mir. Man weiss am Ende nie, was passiert, aber an sich bin ich guten Mutes, dass das Geld nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft in meinem Sinne verwaltet werden wird. Auf jeden Fall: Sic transit gloria mundi. ‹

«Wenn wir mehr Subsidiarität möchten, benötigen wir mehr Abzugsmöglichkeiten im Rahmen der Steuererklärung. Das motiviert dazu, das Geld nicht als Ersparnis zu halten, sondern wieder zugunsten einer Unterstützung von Bedürftigen in den Verkehr zu setzen.»

Tito Tettamanti

Tito Tettamanti
ist Rechtsanwalt, Unternehmer, Politiker und Financier.
Er lebt in Lugano.

Ronnie Grob
ist Chefredaktor dieser Zeitschrift.

Sichtbare Erfolge

Spiele, Sparkassen, saubere Weltmeere – das Engagement von Schweizer Philanthropen ist in den verschiedensten Bereichen zu finden.

von Lukas Leuzinger und Jannik Belser

«Brändi statt Handy», übertitelte die «NZZ am Sonntag» vergangenes Jahr einen Artikel über Brettspiele. Spiele abseits des Bildschirms erfreuen sich in der Schweiz wieder wachsender Beliebtheit – und zu den meistverkauften gehört Brändi Dog, das von der Stiftung Brändi produziert wird. Es ist so erfolgreich, dass das Spiel Dog, auf dem es basiert, hierzulande oft nur als Brändi Dog bekannt ist.

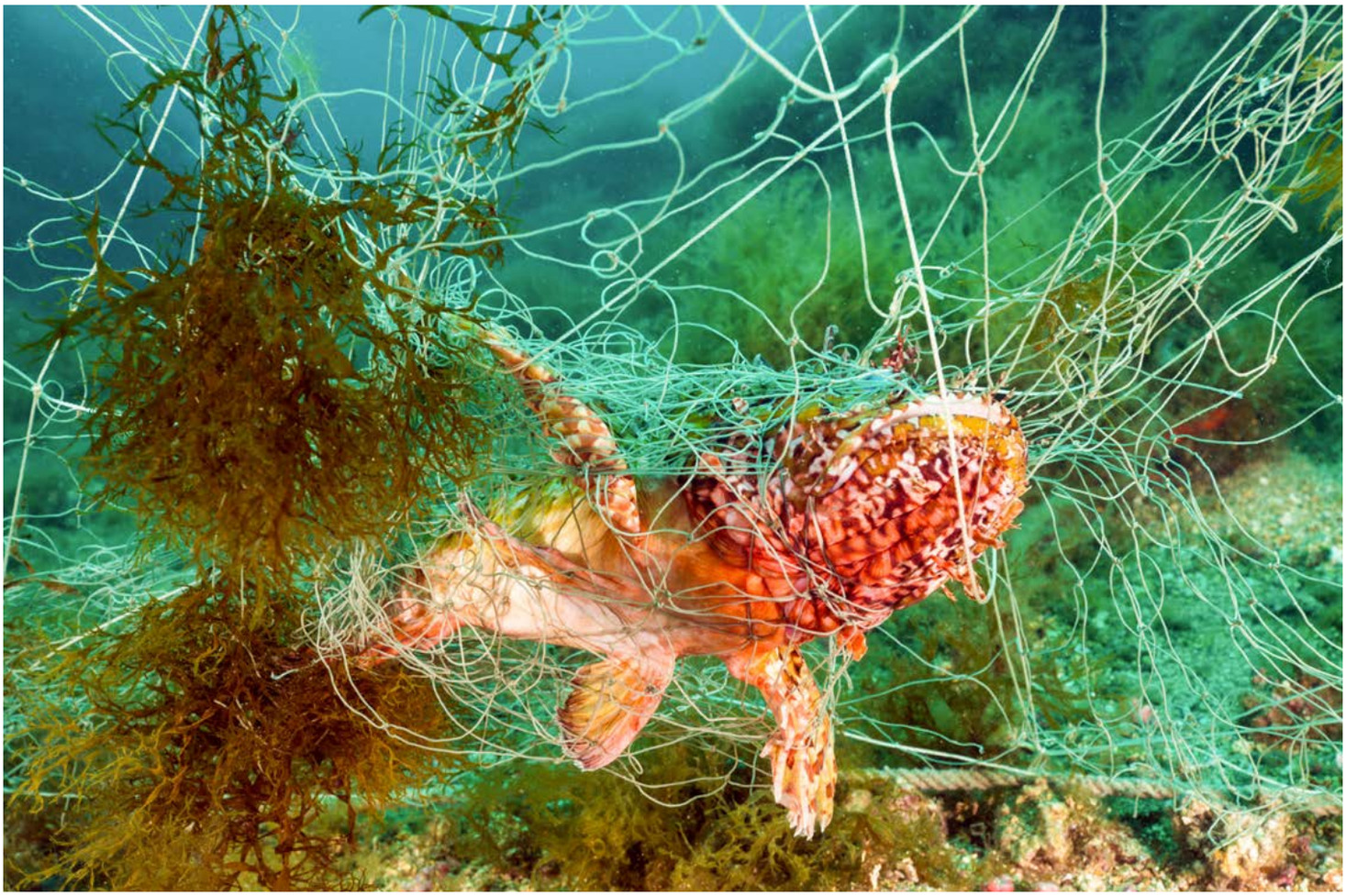
Hinter dem Erfolg stehen Hunderte von geistig behinderten Menschen, denen die Stiftung eine produktive Beschäftigung und die entsprechende Betreuung bietet. Auf dem normalen Arbeitsmarkt hätten sie keine Chance. Die Stiftung füllt damit eine wichtige Lücke – dank des philanthropischen Engagements ihrer Stifter.

Eine Mitarbeiterin der Stiftung Brändi produziert in Sursee das Brettspiel «Brändi Dog». Bild: Gaëtan Bally / Keystone.

Aus Mäzenatentum wird Staatsaufgabe

So wie die Stiftung Brändi erfüllen viele gemeinnützige Institutionen Aufgaben, die zwar wichtig für die Gesellschaft sind, aber weder von der Privatwirtschaft noch vom Staat gewährleistet werden können. Man nimmt sie oft nicht wahr, aber findet sie, wenn man genau hinschaut, überall. Sei es bei der Betreuung von Senioren, der Behandlung von Menschen mit chronischen Krankheiten oder der Pflege von Naturschutzgebieten. Wir profitieren von einem unsichtbaren Netz von philanthropischen Aktivitäten, ohne die unsere Gesellschaft in vielen Bereichen nicht oder nur schlecht funktionieren würde.

An der grundsätzlichen Funktion von philanthropischen Aktivitäten hat sich wenig geändert in den letzten Jahrhunderten, in denen zuerst die Kirche und adelige Mäzene, später reiche Kaufleute und erfolgreiche Unternehmer der aufkommenden Industrialisierung ihr Vermögen für wohltätige Zwecke einsetzten. Die Ursprünge vieler staatlicher Aufgaben liegen in philanthropischen Engagements. Beispielsweise gründete der Zürcher



In grossen Teilen des Meeres sind die Fischbestände bedroht. Die «Fondation Bertarelli» versucht sie zu bewahren, indem sie Meeresschutzgebiete schafft. Bild: Reinhard Dirscherl / Keystone.

Industrielle Hans Caspar Escher im 19. Jahrhundert als einer der ersten Unternehmer eine Sparkasse für seine Arbeiter. Ausserdem baute er ihnen Wohnungen und errichtete Versicherungen für Krankheit, Alter und Invalidität. Solche Institutionen, gestiftet von Unternehmern, waren Vorläufer der heutigen Sozialversicherungen.

Forschung für die Weltmeere

Auch wenn die öffentliche Hand viele Funktionen übernommen hat, die ursprünglich von der Philanthropie erfüllt wurden, ist die Bedeutung gemeinnützigen Engagements ungebrochen hoch. Gemäss dem jüngsten Spendenreport der Stiftung Zewo haben 2020 acht von zehn Schweizer Haushalten an gemeinnützige Zwecke gespendet. Dadurch kamen knapp zwei Milliarden Franken für Hilfswerke zusammen.

Die Zwecke, in die dieses Geld fliesst, sind vielfältig. Manchmal, wie bei der Stiftung Brändi, stiftet Philanthropie in kleinem Rahmen einen Nutzen: Für den Weltfrieden spielt es kaum eine Rolle, ob Familie Meier heute einen geselligen Spieleabend verbringt. Philanthropie kann aber auch ziemlich ambitioniert sein: Der italienisch-schweizerische Unternehmer Ernesto Bertarelli beispielsweise hat sich mit seiner Stiftung nichts Geringeres als die Rettung der Weltmeere zum Ziel gesetzt.

Die Stiftung setzt sich zum einen dafür ein, dass Teile des Meeres vor schädlichen menschlichen Einflüssen wie Überfischung geschützt werden. So hat sie weltweit die Schaffung von Meeresschutzgebieten mit zwei Millionen Quadratkilometern Gesamtfläche unterstützt. Zum anderen geht sie das Problem grundsätzlicher an: Sie hat ein eigenes Forschungsprogramm aufgebaut, um die biologischen Prozesse und komplexen Zusammenhänge im marinen Ökosystem besser zu verstehen. 70 Wissenschafter aus verschiedenen Fachgebieten sind an dem Programm beteiligt.

Die Kehrseite des Engagements

Ein beliebter Förderbereich ist das Gesundheitswesen. Hier zeigt sich der Nutzen der Philanthropie in aller Deutlichkeit. Den Möglichkeiten, etwas zu bewegen, sind grundsätzlich keine Grenzen gesetzt. Sie hängen nicht nur, aber auch von den eingesetzten Mitteln ab. Mit einem relativ geringen einmaligen Beitrag lässt sich ein krebskrankes Kind behandeln. Will man längerfristig etwas gegen Krebs tun, ist beispielsweise der Aufbau einer spezialisierten Klinik ein Weg. Und wer ganz grosse Ambitionen und die entsprechenden Ressourcen hat, kann mit einem Forschungszentrum oder einem Förderfonds die Krebsforschung voranbringen.

Ein Kind wird am 16. März 2021 in Barcelona (Bundesstaat Anzoategui, Venezuela) geimpft. In Venezuela gibt es Menschen, die bis zu 20mal an Malaria erkrankt sind. Bild: Pedro Rances Mattey / AFP / Keystone.

Zweifellos gibt es im Bereich der Weltgesundheit mehr als genug Bedarf an wohltätigem Engagement. Gemäss dem World Malaria Report der Weltgesundheitsorganisation WHO gab es beispielsweise allein im Jahr 2019 knapp 409 000 Malariatote – 94 Prozent von ihnen auf dem afrikanischen Kontinent. 67 Prozent waren Kinder. Kein Wunder, hat sich der bekannteste (und umstrittenste) Philanthrop der Gegenwart just mit diesem Thema auseinandergesetzt: Microsoft-Gründer Bill Gates, der nach eigenen Angaben rund 37 Milliarden des eigenen Vermögens in seine namenseigene Stiftung gesteckt hat. Im Oktober 2021 hat die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) die Zulassung des Impfstoffs RTS,S bekanntgegeben. Das Vakzin führte in Feldversuchen zu einer signifikanten Abnahme der Neuerkrankungen – es ist der erste Impfstoff, der Kleinkindern immerhin zu einem teilweisen Schutz gegen Malaria verhilft. Wichtigster Geldgeber hinter dem Projekt? Genau: Die Bill & Melinda Gates Foundation.

Das Beispiel der Gates zeigt allerdings auch die Kehrseite von Engagements, die auf maximalen Impact abzielen. Für manche Philanthropen steht das gute Gewissen im Vordergrund – sie begnügen sich mit dem Gefühl, «etwas Gutes» getan zu haben. Bill Gates hingegen will nicht einfach Geld für wohltätige Zwecke spenden. Er will, dass dieses Geld die grösstmögliche Wirkung erzielt – und nimmt entsprechend Einfluss. Gerade in der Coronapandemie hat dies auch Argwohn ausgelöst, der bis zu Verschwörungstheorien reichte. Ähnliche Erfahrungen hat George Soros gemacht, der mit seiner Open Society Foundation nicht nur Menschenrechte und Demokratie fördern will, sondern auch laut Kritik übt an jenen, die diese Ziele aus seiner Sicht untergraben. Keine Freunde machte er sich etwa bei der ungarischen Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán, welche die von Soros unterstützte Central European University zur Flucht ins Exil nach Wien zwang. Wer viel bewirken will, bietet auch viel Angriffsfläche. ‹

Lukas Leuzinger
ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift.

Jannik Belser
ist Redaktor dieser Zeitschrift.

Zwischen Wirkung und Rendite

Eine Roadmap kann vermögenden Familien die Entscheidung erleichtern, in welche nachhaltigen Anlagen und philanthropischen Projekte sie investieren wollen.

von Tanja Jegger

Vermögende Familien wollen zunehmend nachhaltig investieren und sie können das auch. Mit ihrem philanthropischen Engagement und mit ihren Portfolios: Nachhaltige Anlagen von Privatpersonen beliefen sich 2020 auf 422,2 Milliarden Franken[1] – 72 Prozent mehr als 2019. Sich im aktuellen Nachhaltigkeitsdschungel zu orientieren, finden dennoch viele anspruchsvoll. Nicht nur haben verschiedene Generationen innerhalb der Familie oft ganz unterschiedliche Ansichten. Auch die Flut nachhaltiger Investitionslösungen und philanthropischer Initiativen im Umfeld einer zunehmenden Regulierung kann überwältigend sein.

Folgerichtig haben Anleger viele Fragen. Zum Beispiel:
- Wie kann ich meine Anlagestrategie mit meinen Werten in Einklang bringen, ohne auf Rendite zu verzichten?
- Wie verhält sich meine Philanthropiestrategie zu den Sustainable Development Goals (SDGs) der UNO?
- Wie kann ich philanthropische Investitionen finden, mit denen ich wirklich etwas bewegen kann?

Eine *Nachhaltigkeits-Roadmap* kann die Entscheidung einer Familie erleichtern und die damit verbundenen Diskussionen verringern. Der erste Schritt bei ihrer Erstellung ist die Klärung und Artikulation von Werten und Präferenzen. So können die wichtigsten Themen identifiziert werden, die eine Familie durch Investitionen oder Philanthropie positiv beeinflussen möchte. Die Familie entscheidet dann, wie sie sich im Spektrum der Impact Economy positionieren möchte – sowohl für Investitionen als auch für Philanthropie –, und bewertet ihr derzeitiges Engagement.

Wichtige Fragen hierbei sind:
- Bin ich in Themen investiert, die die Zukunft bewegen?
- Kann ich in ein Portfolio investieren, das die Werte meiner Familie widerspiegelt, und gleichzeitig eine marktgerechte Rendite erzielen? Eine Auswertung von mehr als 2000 empirischen Studien hat die positive Beziehung zwischen Nachhaltigkeit und finanzieller Performance bestätigt.[2]
- Stehen bei einer gemeinnützigen Stiftung der Stiftungszweck und die Ausrichtung des Vermögens im Einklang?

Im November 2020 lancierten wir bei Globalance die digitale Weltkarte *Globalance World*[3], mittels derer Anleger die Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit ihrer Anlagen beurteilen können. Die Plattform geht über die ESG-Standards – Umwelt, Soziales und Unternehmensführung – hinaus und zeigt auf, wie gut ein Portfolio oder ein Fonds auf die wichtigsten Impactziele ausgerichtet ist. Sie visualisiert, welche Wirkung Vermögen entfalten kann, zum Beispiel auf das Klimaerwärmungspotenzial, auf Megatrends oder auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Der dritte Schritt auf der Roadmap besteht darin, Wirkungsziele und Präferenzen zu definieren und dazu passende Investitionsmöglichkeiten und philanthropische Projekte zu identifizieren. Hierzu ein illustratives Beispiel: Eine Familie, die sich den Investmentschwerpunkt Gesundheit gesetzt hat, würde gerne mehr philanthropische Investitionen tätigen, um Reformen voranzubringen. Sie entscheidet, anzusetzen bei den UNO-Nachhaltigkeitszielen «Gesundes Leben für alle» (SDG3) und «Gleichstellung der Geschlechter» (SDG5). Als passende Anlagemöglichkeit findet sie das Projekt «Women in Trauma & Orthopedic Surgery Scholarship Program» der Stiftung AO-Alliance, das sowohl lokale Gesundheitskapazitäten aufbaut als auch die Genderlücke schliesst.

Stellen wir fest, dass es möglich ist, Investitionen und Philanthropie mit den eigenen Werten in Einklang zu bringen und künftigen Generationen eine positivere Zukunft zu ermöglichen. Gewinnaussichten, menschliche Bedürfnisse und Umweltschutz können so beim Investieren in Einklang gebracht werden. ‹

[1] Swiss Sustainable Investment Market Study 2021, www.sustainablefinance.ch
[2] ESG and Financial Performance: Aggregated evidence from more than 2000 empirical studies. Journal of Sustainable Finance & Investment, 2015.
[3] fe.globalanceworld.com/de

Tanja Jegger
leitet den Bereich Philanthropie bei der Globalance Bank in Zürich.

Stolpersteine auf dem Weg zur Stiftung

Das Bedürfnis, gemeinnützig zu agieren, ist gross. Praktische Hinweise für eine erfolgreiche Umsetzung.

von Nicole Brast

Erfolg im Leben und der damit einhergehende Wohlstand bewegt viele Menschen dazu, etwas zurückgeben zu wollen. Zum Entscheid, philanthropisch aktiv zu werden, bewegen viele Erlebnisse oder Einflüsse im eigenen Umfeld. Es kann die emotionale Bindung zu einem Land, dessen Menschen oder der Natur sein, welche sich im Wunsch äussert, Unterstützung zu bieten, ohne dafür etwas zu erwarten. Auch ein trauriges Ereignis wie der Verlust eines geliebten Familienmitglieds kann dazu führen, dass man eine spezifische Institution unterstützen möchte, die andere Menschen vor einem ähnlichen tragischen Ereignis bewahren könnte – zum Beispiel die Krebs- oder Alzheimerforschung.

Andere Personen berichten, dass sie in jungen Jahren selbst Unterstützung erlebt hätten und erst dadurch im Berufsleben erfolgreich geworden seien – sie möchten dies anderen ebenfalls ermöglichen. Nicht selten ist auch der Fall, dass Nachkommen fehlen, welchen man das Vermögen weitergeben kann. Kurzum, es gibt viele Gründe, Gutes tun zu wollen.

Wie geht man dann praktisch vor? Bevor man eine Stiftung gründet, sollte man folgende wichtige Aspekte gut abwägen:

- Wie aktiv will ich mich als Donatorin, Donator einbringen? Will ich bei allen Themen mitreden, involviert sein und selber entscheiden, gar im Namen einer nach mir benannten Stiftung spenden? Oder will ich mich auf die Spenden und die damit verbundenen Projekte konzentrieren und den Rest der Stiftungsführung und -administration delegieren?
- Welche Themen sind mir wichtig, was will ich bezwecken, was fördern, was nicht?
- Will ich im Stiftungsrat Einsitz nehmen und aktiv mitgestalten? Habe ich die Zeit dafür, verfüge ich über die fachlichen Fähigkeiten?
- Wie hoch wird das Stiftungskapital sein? Wie riskant, wie nachhaltig möchte ich es anlegen?
- Für wie lange soll die Stiftung erhalten bleiben?

Oft besteht der Wunsch der Stifterin oder des Stifters, die bereits gegründete Stiftung nach Ableben weiter zu alimentieren oder die Stiftung erst zu diesem Zeitpunkt zu gründen. Wird eine Stiftung über das Testament gewünscht, so ist sorgfältig auf die Formulierung zu achten – nur so kann eine Stiftung gemeinnützig und steuerbefreiungsfähig sein. Die Steuerbefreiung der eigenen Stiftung ist insofern wesentlich, als dass der Vermögenstransfer nach dem Tod in die Stiftung ohne zusätzliche Steuerkosten erfolgen kann. Bei Einlagen zu Lebenszeit können so Abzüge vom steuerbaren Einkommen geltend gemacht werden. Dazu gibt es entsprechende Obergrenzen des Bundes sowie des jeweiligen Kantons.

Wie komplex die Gründung in der Praxis sein kann, wenn das Testament ungenau formuliert wurde, zeigte sich etwa im Fall einer neu entstandenen Förderstiftung aus dem Bereich Kunst und Kultur: Der beurkundete Erbvertrag machte zu wenig klar, dass der Stiftungszweck dem Interesse der Allgemeinheit dienen soll. So entstand der Eindruck, dass es der Stiftung einzig um die Pflege eines künstlerischen Nachlasses ging. Effektiv werden die Werke jedoch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zudem kann die Stiftung auch Kunstprojekte, Künstler und Kunstinstitutionen unterstützen. Nach der ersten Vorprüfung hatten Stiftungsaufsicht und Steuerbehörde trotz der klar formulierten Gründungsdokumente verschiedene Präzisierungen zur Plausibilisierung verlangt. Erst nach einigen Anpassungen und der persönlichen Rücksprache mit den Ämtern konnte der letzte Wille des Verstorbenen erfüllt werden.

Nach formeller Gründung einer Stiftung und Eröffnung der Bankbeziehung können Liquidität und auch bestehende Wertschriften transferiert werden. Zusammen mit dem Stiftungsrat gilt es dann die Anlagestrategie zu definieren. Rechtlich verbindliche Vorgaben bestehen zwar nicht, allerdings sind die Empfehlungen des *Swiss Foundation Code 2021* ein gutes Beispiel, um den Grundsätzen Sicherheit, Diversifikation, Rendite und Liquidität Rechnung zu tragen. Immer wichtiger sind im Portfolio auch ESG-Themen und Nachhaltigkeit. Das Ziel ist es, das Stiftungsvermögen möglichst lange zu erhalten, zu mehren und die Kosten tief zu halten. Damit so viel wie möglich direkt dem gemeinnützigen Zweck zufliessen kann. ‹

Nicole Brast
ist Kundenverantwortliche bei Reichmuth & Co Privatbankiers und dort zudem zuständig für Philanthropie und nachhaltige Anlagen.

Muss es eine eigene Stiftung sein?

Manchmal macht eine Lösung mit einer Dachstiftung mehr Sinn. Bei der Abwägung ist der finanzielle Einsatz entscheidend.

von Claudia Ineichen

Vielen Menschen, denen es wirtschaftlich gut geht und die über ein bestimmtes Vermögen oder Einkommen verfügen, ist es ein Bedürfnis, philanthropisch zu wirken. Sie möchten ihr Geld möglichst effizient, längerfristig und nachhaltig für einen guten Zweck einsetzen und etwas Bleibendes schaffen. Während früher dieses Bedürfnis eher bei älteren Menschen anzutreffen war, gibt es vermehrt auch jüngere Stifterinnen und Stifter, die noch im Erwerbsleben stehen. Auch erfolgreiche Unternehmer verspüren vermehrt das Bedürfnis, der Allgemeinheit etwas zurückzugeben, und fördern Projekte im unternehmerischen Umfeld. Was auch immer die Beweggründe sind: Allen gemeinsam ist das Bedürfnis, die Wirkung ihres Beitrages zu sehen, zu erleben und zu beeinflussen.

Wer gemeinnützig tätig sein will, kommt oft als naheliegende Lösung auf die Gründung einer eigenen Stiftung. Gemäss dem Schweizer Stiftungsreport gibt es in der Schweiz rund 13 000 gemeinnützige Stiftungen. 80 Prozent davon sind kleinere Stiftungen mit einem Vermögen von unter fünf Millionen Franken. Doch Vorsicht: Bei Stiftungen in dieser Grössenordnung sind die laufenden Kosten in der Regel höher als die jährlich erwirtschafteten Erträge. Und viele Menschen, die gemeinnützig tätig werden wollen, verfügen gar nicht über ein solch grosses Vermögen.

Typischerweise kommt auch nur ein Teil des Geldes beim definierten Ziel an. Besonders die Kosten für die Administration ufern schnell einmal aus. Und alles, was abgeht, kann nicht für die Gemeinnützigkeit eingesetzt werden. Die Erfahrung zeigt, dass eine eigene Stiftung erst ab einem Mindestkapital von fünf Millionen Franken ein vernünftiges Kosten-Nutzen-Verhältnis erreicht.

Das Stiftungsmodell ist kaum noch zu ändern

Die Wahl des Stiftungsmodells sollte man sich ganz zu Beginn gut überlegen. Ist eine eigene Stiftung nämlich einmal aufgesetzt, sind Änderungen in den Statuten oder in der Zweckbestimmung praktisch nicht mehr möglich. Die für viele praktikablere Lösung ist die Dachstiftung. Dabei schliessen sich die Donatorinnen und Donatoren vertraglich einer Dachstiftung an und erhalten so ihre eigene Unterstiftung. Dabei fallen schon vorab deutlich tiefere Gründungskosten an. Zudem stellt die Dachstiftung das Know-how, eine bereits bestehende Organisation und Administration zu kostendeckenden Preisen zur Verfügung.

Natürlich verliert der Donator oder die Donatorin nicht an Einfluss auf die eigenen Mittel. Es sind auch bei der Unterstiftung die Geldgeber, welche über die Verwendung der eingesetzten Mittel bestimmen. Die Formulierung der Zweckbestimmung – also wie das eingebrachte Stiftungsvermögen gemeinnützig eingesetzt werden soll – ist individuell und wird im Donationsvertrag festgelegt. Der Stiftungszweck kann dabei so formuliert werden, dass der Stifter sowohl heute als auch in der Zukunft bei seinen Vergabungen völlig flexibel ist. Bei einer Dachstiftung kann sich der Donator, die Donatorin, so wie bei einer eigenen Stiftung auch, vollumfänglich seinen bzw. ihren gemeinnützigen Projekten widmen. Spenden können zudem anonym oder unter eigenem Namen getätigt werden.

Steuerbefreit und gemeinnützig

Eine Unterstiftung eignet sich auch für jüngere Menschen im Erwerbsleben. So kann beispielsweise ein Jungunternehmer eine Unterstiftung eröffnen. Er zahlt dann im Rahmen seines finanziellen Spielraums und in Abhängigkeit seiner steuerlichen Abzugsmöglichkeiten jährlich in seine Unterstiftung ein, um so das Stiftungskapital zu äufnen. Eine Unterstiftung kommt in den Genuss der Steuerbefreiung der Dachstiftung. Kurz gesagt: Die eigene Unterstiftung ist von Beginn an steuerbefreit und gemeinnützig anerkannt.

Ein praktisches Beispiel: Um Menschen die Philanthropie besser zugänglich zu machen, gründeten die Reichmuth & Co Privatbankiers vor über 20 Jahren die Rütli-Stiftung mit Sitz in Luzern. Sie wurde als Dachstiftung konzipiert, ist steuerbefreit und untersteht der eidgenössischen Stiftungsaufsicht. Mit Hilfe solch einer Dachstiftung lässt sich der Wunsch nach Philanthropie realisieren, und zwar einfach, individuell und wirksam. ‹

Claudia Ineichen
ist Geschäftsführerin der Rütli-Stiftung in Luzern.

Nicht auf den Staat warten

Die steuerliche Begünstigung von Stiftungen ist für die Gesellschaft ein gutes Geschäft. Auch inhaltlich liefern sie wichtige Impulse.

von Daniel Jung

Eine Brandrede des niederländischen Historikers und Journalisten Rutger Bregman am World Economic Forum vom Januar 2019 wurde international stark beachtet. Das Video aus Davos ging viral, wie man schon vor der Pandemie zu sagen pflegte. In einer Diskussion über die ungleiche Verteilung des Reichtums sagte Bregman:

«Ich komme mir vor wie auf einer Feuerwehrkonferenz, auf der niemand über Wasser sprechen darf. Hört einfach auf, über Philanthropie zu reden, und fangt an, über Steuern zu reden. […] Wir können Bono noch einmal einladen, aber wir müssen über Steuern reden. Darum geht es. Steuern, Steuern, Steuern. Alles andere ist meiner Meinung nach Bullshit.»

Gemäss Bregman gibt es nur eine Massnahme, die nachweislich dazu beitrage, die materielle Ungleichheit verringern zu können: Steuererhöhungen für wohlhabende Leute, die sich an Orten wie Davos treffen.

Dient Philanthropie primär der Steuervermeidung, und ist sie deshalb sogar schädlich für die Allgemeinheit? Diese Fragestellung haben der Verband der Schweizer Förderstiftungen, Swiss-Foundations, und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC 2019 aufgenommen und die finanziellen Folgen von Förderstiftungen untersucht. Ihre Studie «Stiftungen – ein gutes Geschäft für die Gesellschaft» scheut sich denn auch nicht, über Steuern zu reden – solche, die bezahlt werden, und solche, die nicht bezahlt werden. Im Kern der Analyse stehen verschiedene Modellrechnungen. Sie errechnen, wie viele Steuern dem Schweizer Staat durch die Gründung einer Förderstiftung entgehen.

Steuerfranken vs. Stiftungsfranken

Dass der Staat aufgrund einer Stiftungsgründung weniger Mittel einnimmt, ist im Schweizer Steuerrecht beabsichtigt. Wie praktisch alle anderen westlichen Demokratien bietet auch die Schweiz ihren Bewohnern die Möglichkeit, Geld direkt an gemeinnützige Organisationen zu geben und im Gegenzug weniger Steuern abzuliefern – in der Überzeugung, dass hiermit ein gesellschaftlicher Mehrwert entsteht. Damit wird, so die Überlegung, ein Geldstrom gefördert, der andernfalls nicht dem Gemeinwohl zugeflossen wäre.

Die Studie stellt der Stiftungsgründung verschiedene Varianten der privaten Nutzung des Geldes gegenüber – eine Anlage am Kapitalmarkt oder die Gründung einer Investmentgesellschaft. Sie geht als Grundannahme davon aus, dass ein Steuerfranken einem von einer Stiftung ausbezahlten Franken gleichgesetzt werden kann; eine Annahme, über die man durchaus diskutieren kann. Klar ist aber: In der Schweiz sind nur Stiftungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen, steuerbefreit. Kapital und Gewinn einer Stiftung dürfen ausschliesslich für den in der Stiftungsurkunde definierten Zweck verwendet werden. Zentral ist dabei, dass der Empfängerkreis offen und nicht auf wenige Personen begrenzt ist.

Im Schweizer Stiftungsrecht ist der Rückfluss des Vermögens an die Stifterin oder den Stifter grundsätzlich ausgeschlossen. Wird eine Stiftung aufgelöst, fliessen die restlichen Mittel an eine andere gemeinnützige Organisation mit ähnlichen Zwecken. Schweizer Stiftungen werden gleich von zwei staatlichen Behörden kontrolliert – der Aufsichts- und der Steuerbehörde.

Die Gesellschaft profitiert

Was sind die Erkenntnisse der Untersuchung? Sie kommt zum Schluss, dass die Gesellschaft viel stärker profitiert, wenn Privatpersonen ihr Geld in eine Förderstiftung einbringen, als wenn sie das Geld behalten und Steuern zahlen – eine bemerkenswerte Tatsache. Die Vergleichsmodelle zeigen auf, dass Stiftungen weitaus mehr Mittel ausschütten, als der Staat durch die Besteuerung der entsprechenden, privat angelegten Mittel erzielen könnte.

Gemeinnützige Stiftungen können sich Themen und Anliegen widmen, derer sich der Staat nicht oder nur zum Teil annehmen kann, etwa im Bereich der wissenschaftlichen Forschung. In der Studie heisst es: «Sie sind flexibel, verstehen sich als Brückenbauer und soziale Innovatoren. Sie können erhöhte Risiken tragen und neue Ideen anschieben, die mithelfen, eine gemeinsame Zukunft zu gestalten.»

Vor allem im Jahr der Errichtung der Stiftung können Stifter in der Schweiz eine deutliche Steuerersparnis verbuchen und bis zu 20 Prozent ihres steuerbaren Einkommens abziehen – bei den direkten Bundessteuern, bei Kantons- und Gemeindesteuern. Trotz dieser signifikanten Erleichterung – auch das durchaus überraschend – profitiert die Allgemeinheit in den meisten Fällen schon nach kurzer Zeit von einer Stiftung. In der Praxis erreicht das Stiftungsmodell seinen Break-even innerhalb eines Monates bis maximal eineinhalb Jahren. Das Fazit der Studie: «Ab diesem Zeitpunkt ist die Stiftung für die Gesellschaft nur noch ein gutes Geschäft.»

Durch ihre Autonomie in der Mittelvergabe hätten Stiftungen die Möglichkeit, innovative und noch nicht erprobte Lösungsansätze zu gesellschaftlichen Problemen zu finanzieren, schrieben Georg von Schnurbein und Steffen Bethmann in «Philanthropie in der Schweiz» 2010. Philanthropie finde sich in allen gesellschaftlichen Sektoren und bilde einen elementaren Beitrag zu einer funktionierenden Zivilgesellschaft. «Jede Gesellschaft profitiert von den philanthropischen Handlungen ihrer Mitglieder», schreiben Schnurbein und Bethmann. Das ausgeprägte freiwillige Engagement in der Schweiz sei das Zeichen einer starken Zivilgesellschaft, die nicht den Staat als Wohlfahrtsproduzenten in der alleinigen Verantwortung sehe.

Aktion statt abwarten

Die Grössenverhältnisse sind dennoch zu beachten, wie es sich in der Coronakrise erneut gezeigt hat: Während Stiftungen Hilfsfonds in der Höhe von einigen Millionen bereitstellten, gab der Schweizer Staat Milliarden aus. Im «Schweizer Stiftungsreport 2021» heisst es deshalb in diesem Zusammenhang: «Stiftungen können Zeichen setzen, aber sie können niemals den Staat ersetzen.» Die Studie «Stiftungen – ein gutes Geschäft für die Gesellschaft» betont dagegen, dass Stiftungen Ausdruck des freiwilligen Engagements der Bürger für das Gemeinwohl seien. «Sie sind ein pluralistisches Element in einer Gesellschaft, in der bei anstehenden Themen nicht primär auf das Eingreifen des Staates gewartet wird.»

Vor diesem Hintergrund, so kommt die Studie zum Schluss, sei es weiterhin sinnvoll, dass der Staat gemeinnützigen Stiftungen und deren Stiftern steuerliche Privilegien einräume. Damit zeigt sich: Der Verband der Schweizer Stiftungen hat keineswegs Angst davor, an der Feuerwehrkonferenz über Wasser zu reden. Dass aber Stifterinnen und Stifter Einfluss nehmen können, wie ihr Geld verteilt wird, macht die Feuerbekämpfung insgesamt nicht schwächer, sondern flexibler – und letztlich schlagkräftiger. ‹

Die Studie «Stiftungen – ein gutes Geschäft für die Gesellschaft» ist verfügbar auf www.swissfoundations.ch/aktuell/steuerstudie/

Daniel Jung
ist Redaktor dieser Zeitschrift.

«Gemeinnützige Stiftungen können sich Themen und Anliegen widmen, derer sich der Staat nicht oder nur zum Teil annehmen kann, etwa im Bereich der wissenschaftlichen Forschung.»

Daniel Jung

Das Gegenteil von gut ist gut gemeint

Prinzipien für nachhaltige Anlagen suggerieren Nutzen für die Allgemeinheit. Darunter verbergen sich oft Beruhigungsmittel für das Gewissen, die der Privatwirtschaft den Schnauf abwürgen.

von Beat Kappeler

Drei Buchstaben fassen das Gutgemeinte zusammen – mit ESG (environmental, social, governance) wollen Firmen, Verwaltungen, Investmentfonds nachhaltig werden. Heere von Beratern formulieren, wie das gehen soll. Die Sensation des Guten unserer Zeit: Alle Ziele in Ökologie, Sozialem und Governance sind möglich, und nichts tut weh. Daran lassen die Verlautbarungen keinen Zweifel, «Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen» will etwa die Sprecherin der Energie-Agentur der Wirtschaft am 22. Juni am Radio. Die Credit Suisse nennt insgesamt 190 Seiten an vielfachen Governance-Richtlinien, denen sie sich unterstellt. Man stelle sich vor, sie will sogar die Menschenrechte achten! Alles wird gut. Die Grossbank schleppt allerdings mit den Pannen bei Greensill und Archegos Brüche in «Best Practice» hinter sich her, die sie international diskreditierten und nebenbei noch ein halbes Dutzend Milliarden verschleudern liessen.

Alle Firmen fassen solche uferlosen Grundsätze, manche verweisen der Einfachheit halber auf allgemeine Codes, wie jenen der Economiesuisse, der OECD, auf die Equator Principles oder hochstehende Klimaziele, auf UNO-Erklärungen, und der Papst dekretierte 2020 in «Fratelli tutti», dass das Privateigentum nicht dominieren solle. Viele gute Deklarationen fürs Allgemeine. Aber geht das so schmerzlos, und warum klappt es nicht auf dem Terrain?

Dilettantische Klimaziele

Beginnen wir mit dem grossen *E*, mit der environmental – ökologischen – Harmonie. Es ist unbestritten, dass seit dem neuen Jahrtausend die meisten Firmen ihren Energieverbrauch und den Ressourceninput senkten, mindestens pro hergestelltes Stück. Insgesamt sieht es weniger rosig aus, weil die Stückzahlen zunahmen, weil die Volkswirtschaften wuchsen: Da gleichzeitig die Dienste in diesen Volkswirtschaften zunahmen, da immer mehr Vorprodukte aus aller Welt importiert werden, ist die Bilanz schwierig. Auf der Verbraucherseite der Volkswirtschaften ist der Energiehahn immer noch offen. Nur gerade dank der Pandemie sank der Verbrauch letztes Jahr; in den letzten zwei Jahrzehnten haben der Privatverkehr, der private Energieverzehr in Heizkubaturen und Kühlungen alle Fortschritte der Industrie aufgefressen, denn an Primärenergie verbraucht Europa immer noch fast gleich viel. Ich schätze, dass die ganze Produktion der mit viel Aufwand, Subventionen und Propaganda in der Schweiz installierten Wind- und Solarenergie seither nur schon in neuen Klimaanlagen und Rolltreppen vergeben wurde. Komfort muss her.

Die hochgelobten Elektroautos wiegen zwei Tonnen, mehr als die alten Benzinkutschen. Es darf nicht ärmlich aussehen. Die grünen Wortführer auf der ganzen Welt versprechen, dass jede ökologische Anstrengung viele neue Arbeitsplätze bringen werde. Diese Gewinner des grossen E werden allerdings ihrerseits mehr fahren, heizen, kaufen – das fehlt in der Bilanz. Ausserdem stellten Forscher des University College in London fest, dass die enormen neuen Mengen klimaverbessernder Finanzmittel in Entwicklungsländern nicht genügend Projekte finden und nur die Kurse treiben. Es kommt zu einem «Investment Trap».[1]

Sodann sind die Regierungsakte zum grossen *E* oft dilettantisch, wie das 2021 glücklicherweise abgelehnte CO_2-Gesetz in der Schweiz anschaulich zeigt: Einerseits trauen sich die Politiker zu, die Techniken zu bestimmen – sie verbieten Verbrennungsanlagen, -motoren, bestimmen Grenzwerte aller Art. Andererseits verweisen sie die Grossverbraucher auf den CO_2-Zertifikatshandel. Doch je erfolgreicher die technischen Massnahmen wirken, desto eher fällt der Preis des Zertifikats. Das nennt man den «Rebound», die zwei Hebel der Klimapolitik annullieren sich. Hohe, für alle Verbrauchsarten geltende Zertifikatspreise wären die Lösung, und die Nutzer suchen sich dann ihre Technik ohne Gebote und Verbote selbst aus. Aber man erkläre dies einmal einem Bürokraten oder Politiker, die immer den grössten Schreiern nachlaufen oder den neuesten ökologischen Einzelfall sofort durch allgemeine Regeln angehen.

Wer dank seines Alters die seit der Ölkrise 1973 gefassten Erklärungen, Eingriffe einerseits und den laufend zunehmenden Verbrauch andererseits beobachten kann, kommt auf ketzerische Gedanken: So wie alle Spinnen immer ihre Netze ausbauen, so geht die anthropologische Konstante des Menschseins auf «immer mehr». Damit wäre das grosse *E* lediglich eine beruhigende Heuchelei. Rettung naht von ganz anderer Seite, denn was der Historiker Pierre Chaunu und französische Demografen für mög-

lich hielten, kündigt sich in neuesten Forschungen an: Die Menschheit wird langfristig abnehmen. Die Rivalität des schönen Konsumniveaus zum Kinderkriegen und die Steuerung der Fruchtbarkeit durch die Frauen selbst werden es schaffen. Damit dispensiert sich die Gesellschaft davon, den Verbrauch im Stück selbst zu drosseln – viel weniger einzelne schaffen das gesellschaftliche Reduktionsziel auch. Künftig wird die Welt mit Ruinen leben, wie das demografieschwache Italien nicht nur seit der Römerzeit, sondern heute schon mit überall aufgelassenen Fabriken, Infrastrukturen, Häusern. Falls es stimmt, dass eine menschenverursachte Klimaverschlechterung weiteren Schaden bringt, geht es einfach schneller.

Altbekannte Marktskepsis

Und nun zum grossen *S* – zu den Sozialzielen. Die gleiche Eleganz wie bei der Energie ziert auch diese Bestrebungen, das Adjektiv «sozial» kann ebenso wie «nachhaltig» mit allen anderen Begriffen verbunden werden, schmerzlos. Auf dem Terrain sieht es aber anders aus: Die alten Fragen stellen sich – wie viel Einkommen sollen Markt und Leistung zuteilen und wie viel die politischen Umverteilungen? An Markt und Meritokratie glauben immer weniger Zeitgenossen. Sie verkennen jedoch, dass die beklagten Einkommens- und Vermögensunterschiede nicht durch den Markt zustande kommen: Seit der Finanzkrise, eigentlich schon seit 1987, also seit des Fed-Chefs Alan Greenspans Zeiten, stellen die Notenbanken den Reichen dieser Welt eine Globalgarantie der Wertpapierkurse aus. Eine frivole Geldschöpfung und Nullzinsen verhelfen dazu; immer frivoler, weil die Wirkung neuer Geldmassen stetig sinkt. Dafür fehlt den kleinen Leuten, den Sparern und ihren Pensionskassen jedes Zinseinkommen. Noch nie aber war eine Konjunkturerholung so schwach wie seit der Finanzkrise: Die Geldschöpfung hat den Markt und seine Signale der Knappheit abgeschafft.

Nicht marktwirtschaftlich kommen auch die Boni und hohen «Entschädigungen» der Kader zustande: Die «Compensation Committees» der Firmen bestehen aus Kadern und Räten, die andernorts und in eigenen Funktionen sich reihum die Einkommenslatte immer höher legen, je mehr sie den Kadern zusprechen. Liesse man aber den Markt spielen, würden sich diese Boni und Superlöhne abbauen, falls neu die Stellen ausgeschrieben und wie Bauaufträge an denjenigen vergeben würden, der bei guten Qualifikationen den tiefsten Preis verlangt.

Die übrigen Sozialanliegen unserer Gesellschaften sind derart üppig im Arbeits-, Sozialversicherungs- und Subventionsrecht berücksichtigt, dass eher dieses einmal auf seine antisozialen Effekte hin durchzukämmen wäre.

Wuchernde Papiertiger

Das grosse *G*, die Governance, führt zu barockartigen Wucherungen der Papiere. Die Manager können sie gar nicht auswendig kennen. Manager stehen meist vor binären Situationen – den Kredit zu erteilen oder nicht, ohne die Ziselierungen der Governancepapiere anzuwenden. Manager, ganz wichtig, machen sich diese Papiere nicht selbst: Sie kaufen sie bei Consultants, bei ihren üppigen Kommunikationsabteilungen ein. Bei diesem Spiel geht es nämlich um dreierlei. Erstens greifen Medien und NGO die Firmen und Institutionen regelmässig und nach wechselnden Moden an – heute gerade ist der Vorwurf, vor langer Zeit mit Sklaverei verbandelt gewesen zu sein, sehr chic. Da auf allen Gebieten dazu nicht ausdrücklich formuliertes Recht gilt, sondern das «Soft Law» der vielen, nationalen oder internationalen «Declarations», glauben sich die Manager durch den Papierberg guten Willens abgesichert. Zweitens kehren die Vorwürfe an Firmen und Institutionen immer mehr die Beweislast um: Nicht die anklagenden Medien und NGO müssen beweisen, sondern die Institution, dass da gar nichts war. Das ist logisch unmöglich und rechtsstaatlich bedenklich. Aber man beweist stattdessen, dass man guten Willens dank G-Papieren ist und alles vorgekehrt hat. Drittens sichert sich der Manager persönlich ab – nicht er hat etwas veranlasst oder übersehen, sondern die «Best Practice» der G-Papiere legten es ihm nahe.

Lähmungserscheinungen der ESG-Flut

Die zunehmende Dichte von Umweltgesetzen (E), von Sozialnormen (S) und von Governancepapieren (G) lähmt allerdings die ganze Volkswirtschaft und Gesellschaft. NGO-Funktionäre, Juristen, Consultants beherrschen das Feld – und verdienen. Der ESG-Berater «Sphera» verfolgt die Anwendung der G-Papiere in den angeschlossenen Firmen durch eine automatisierte Kontrolle. Das aber, mit der Dichte der Regeln, friert die Abläufe ein, ritualisiert das Leben in den Institutionen, ersetzt jede Verantwortlichkeit durch das Abhaken von Kästchen. Wenn die Konzernstäbe nicht spontan über ihre G-Papierwülste lachen, entbehren sie des Realitätssinns wie der Selbstironie.

Je mehr die Wirtschaft und Gesellschaft versteinern, umso weniger dynamisch sind sie. Das betrifft vor allem die Firmen und Institutionen. Aber auch hier, wie bei der demografischen Ausdünnung des Planeten, darf man hoffen: Als Gegenreaktion wächst die «Gig Economy», also die auf dem Web und durch Apps vermittelte Welt eigener, selbständiger Dienste im persönlichen Verkehr, sie ist für die Wirtschaft erträglich und produktiv. Die einzelnen laufen den ESG-Normen davon. ‹

[1] Nadia Ameli et al.: Higher Cost of Finance Exacerbates a Climate Investment Trap in Developing Economies. In: Nature Communications, 12 (2021).

Beat Kappeler

ist Ökonom und Publizist. Zuletzt von ihm erschienen: «Der Superstaat: Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt» (NZZ Libro, 2020).

Das Stiftungsvermögen arbeiten lassen

Nachhaltige Geldanlage spielt bei vielen Stiftungen eine untergeordnete Rolle. Dabei steigert die richtige Strategie nicht nur die Rendite, sondern fördert direkt den Stiftungszweck.

von Georg von Schnurbein

Eigentlich hätte er Kaufmann werden sollen, aber er interessierte sich mehr für die heimische Landwirtschaft. So kam es, dass Christoph Merian sein Vermögen immer mehr in Landbesitz rund um Basel investierte und zu einem der grössten Landbesitzer der Schweiz wurde – und damit zu einem wirkungsorientierten Investor. Nach dem Tod seiner Frau 1886 wurden die Ländereien in eine Stiftung eingebracht und bilden bis heute den Grundstock des Stiftungsvermögens der Christoph-Merian-Stiftung. Bei der Bewirtschaftung flossen früh ökologische und soziale Grundsätze ein und dennoch (oder gerade deshalb) steigerte sich der Vermögenswert ständig.

Christoph Merian war seiner Zeit voraus. Heutzutage scheint es schon fast Common Sense zu sein, dass Vermögen nachhaltig investiert werden. Unter nachhaltig wird dabei meist die Kombination von ökologischen, sozialen und organisatorischen Gütekriterien verstanden (ESG-Kriterien). Gerade aber gemeinnützige Stiftungen scheinen besondere Mühe zu haben mit der Umstellung auf diese nachhaltigen Anlageformen. Eine kürzlich veröffentlichte Studie[1] zeigte zwischen den Erhebungszeitpunkten 2013 und 2019 kaum Unterschiede beim Anteil nachhaltiger Anlagen. Jeweils nur etwas über 20 Prozent der befragten Stiftungen gaben an, mit dem Stiftungsvermögen nachhaltige Investitionen zu tätigen. Sind Stiftungsräte also Ignoranten und verpassen gerade eine der grössten Umwälzungen an den Finanzmärkten? Bevor hier ein allzu kritisches Bild gezeichnet wird, bedarf es einer genaueren Betrachtung des Stiftungssektors und der möglichen wirkungsorientierten Anlagen.

Wirkungsorientierte Anlagen

In der Schweiz gibt es 13 375 gemeinnützige Stiftungen mit einem Stiftungsvermögen von insgesamt etwa 100 Milliarden Franken. Von diesem Betrag ist der grösste Teil nicht frei verfügbar, sondern zweckgebunden investiert, etwa in Immobilien für Pflegeheime, in Museen oder in Bildungsinstitutionen. Es sind sogenannte operative Stiftungen, die selbst einen Betrieb führen oder eigene Projekte umsetzen. Vielen Räten dieser Stiftungen käme wohl nie in den Sinn, bei ihrem Vermögen von einer wirkungsorientierten Anlage zu sprechen. Aber genau das ist es – sogar in Reinform! Denn das Vermögen dieser Stiftungen wird unmittelbar für den gemeinnützigen Zweck der Stiftung eingesetzt, ohne dass der Stiftungsrat viel darüber entscheiden könnte.

Anders sieht es bei den anderen rund 68 Prozent der Stiftungen aus, die mehrheitlich aus dem eigenen Stiftungsvermögen heraus Organisationen und Projekte finanzieren. Hier galt lange der Grundsatz einer maximalen Rendite, das heisst, das Stiftungsvermögen sollte möglichst hohe Ergebnisse erzielen, damit viele Ressourcen für Ausschüttungen zur Verfügung stehen. Die geltende Praxis im Steuerrecht und die Orientierung an den BVV-2-Richtlinien[2] begünstigten diese strikte Trennung zusätzlich. Nicht zuletzt durch die veränderten Finanzmärkte hat in den letzten Jahren aber ein Umdenken eingesetzt.

Die Stiftung als Wirkungseinheit

Im Swiss Foundation Code (SFC) wird die Stiftung als *Wirkungseinheit* bezeichnet. Das heisst, dass alle Aktivitäten der Stiftung sich an der Zweckerfüllung orientieren müssen. Damit soll verhindert werden, dass bei einer ausschliesslich auf Finanzrendite ausgerichteten Vermögensanlage durch Investitionen Effekte befördert werden, die letztlich dem gemeinnützigen Stiftungszweck zuwiderlaufen. Als minimaler Anspruch gilt auch hier der ethische Grundsatz, keinen Schaden zu verursachen («do no harm»).

Eine zeitgemässe Vermögensanlage muss sich deshalb nicht nur an Rendite, Sicherheit und Liquidität ausrichten, sondern zusätzlich auch die «Zweckrendite» berücksichtigen, also die Folgen der Vermögensanlage für den gemeinnützigen Zweck. Als Zweckrendite lässt sich der Nutzen bezeichnen, der aufgrund einer Investition von Vermögen im Sinne des Stiftungszwecks entsteht. Investiert eine Bildungsstiftung beispielsweise in einen Lehrbuchverlag, kann neben der möglichen finanziellen Rendite auch der Nutzen der Lehrmittel in den Schulen als Zweckrendite erfasst werden. Die Zweckrendite ist also nicht zwingend monetär zu bemessen, was ihre Beurteilung in der Praxis oft erschwert. Für viele Stiftungsräte bedeutet dies eine besondere Herausforderung, denn diese neue Anforderung an die Vermögensanlage setzt voraus, dass entsprechende Investitionen auch tatsächlich möglich sind. Es ist dabei noch eine weitere Einschränkung zu berücksichtigen: Die meisten Stiftungen haben nur sehr geringe Vermögenswerte. 80 Prozent der Stiftungen verfügen über ein Stiftungs-

kapital von weniger als 3 Millionen Franken. Werden regelmässige Erträge für Ausschüttungen vorgeschrieben, beschränkt sich die Auswahl bei den Investitionen auf einige wenige Anlageklassen.

Kein Widerspruch

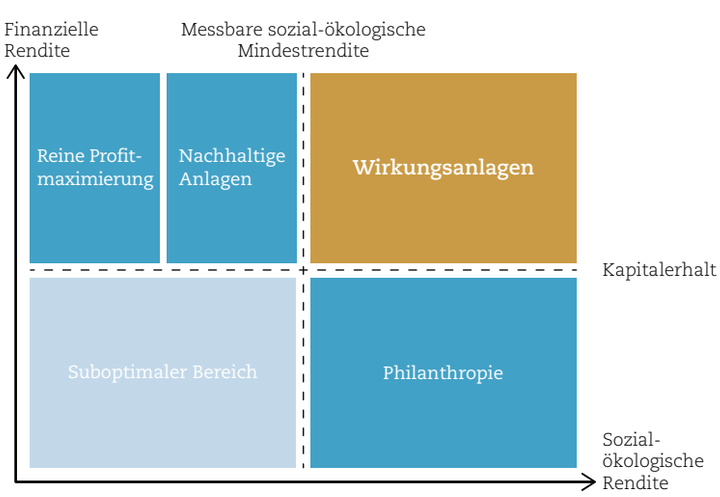
In Diskussionen über nachhaltige Anlagen wird oft die Frage gestellt, wie viel von der Finanzrendite man überhaupt aufgeben müsse. Eine Perspektive, die den Anschein erweckt, dass finanzielle Rendite und Zweckrendite im Widerspruch zueinander stehen. Auch wird vermutet, dass sich durch Nachhaltigkeit eine Verstärkung bei der finanziellen Rendite ergibt oder zu erwarten wäre. Beides ist nicht der Fall. Man sollte beide Renditen als sich ergänzende Faktoren betrachten: Wenn eine Stiftung nachhaltig investiert, muss die Summe aus finanzieller Rendite und Zweckrendite grösser sein als die blosse finanzielle Rendite einer konventionellen Investition.

Wie in der Abbildung ersichtlich wird, setzt eine echte Wirkungsorientierung voraus, dass die ökologische oder soziale Rendite messbar ist. Werden konventionelle Fonds schlicht durch solche mit ESG-Rating ersetzt, ist diese Bedingung nicht erfüllt, da ein einzelner Investor bei einem Fonds selten den Wirkungsgrad des eigenen Investments messen kann. Auch bei einem ESG-Fonds bleibt am Ende die Frage nach der finanziellen Rendite offen, immerhin eingepackt in etwas gutes Gefühl.

Wirkungsorientierte Anlagen dagegen ermöglichen einen direkten Bezug zum Stiftungszweck. Dies kann durch die Finanzierung von Infrastruktur, durch die Förderung unternehmerischer Aktivitäten oder durch Investitionen in spezifische Technologien geschehen. Anlagemethoden können von Darlehen über bestimmte Formen von Obligationen (Bonds) bis hin zu Eigenkapital gehen. Eine besondere Form sind Social- oder Development-Impact-Funds, mit denen innovative soziale Leistungen durch private Geldgeber vorfinanziert und im Erfolgsfall durch den Staat rückvergütet werden. Auch gibt es bereits erste Immobiliengesellschaften, die ausschliesslich in Immobilien für Non-Profit-Organisationen investieren. Die finanzielle Erwartung ist eine Rendite unter Markt; jedoch kann man genau nachverfolgen, welchen sozialen Einrichtungen die eigene Investition eine kostengünstige Bleibe ermöglicht hat. Auch bezüglich des Risikos sind bei wirkungsorientierten Anlagen verschiedene Stufen denkbar. Die Förderung eines *Social-Start-ups* ist hochriskant, während ein Darlehen für den Neubau eines Altenheimes wenig Ausfallrisiken hat.

Abb. Anlagespektrum nach finanzieller und sozial-ökologischer Zweckrendite

(in: «Mit Wirkung anlegen», herausgegeben von CEPS und ABS, 2020, S. 10)



Diskontierung von Zweckrendite und Ausschüttungen

Im Verhältnis zu den Ausschüttungen ist eine Zweckrendite wie eine Diskontierung zu verstehen. Der Stiftungsrat muss entscheiden, inwiefern die erhöhte Zweckrendite eine spätere geringere Ausschüttung rechtfertigt. Wenn in früheren Zeiten eine maximale Rendite ohne Rücksicht auf nichtfinanzielle Folgen der Investition getätigt wurde, bedeutete dies letztlich eine Diskontierung zugunsten der späteren Ausschüttung. Diese Variante ist gerechtfertigt, wenn mögliche zweckgefährdende Folgen der Investition als geringer einzustufen sind als die Folgen der zusätzlichen gemeinnützigen Ausschüttungen zu einem späteren Zeitpunkt. Umgekehrt bedeutet die Investition mit Zweckrendite, dass die Erwartung an die geringeren späteren Ausschüttungen auf die positiven gesellschaftlichen Folgen der Zweckrendite diskontiert werden. Diese zeitlich verschobene und inhaltliche Aufrechnung lässt sich kaum in der Realität umsetzen. Als Gedankenstütze mag die Idee eines Wirkungszinses jedoch hilfreich sein, um Entscheide in der Vermögensanlage einer Stiftung neu zu denken.

Stiftungen sind von Natur aus auf langfristiges Handeln ausgelegt, insbesondere «auf Ewigkeit» angelegte Förderstiftungen. Auch bei der Christoph-Merian-Stiftung hat sich die gesellschaftliche Wirkung des Stiftungskapitals erst über Jahrzehnte herauskristallisiert; erst heute weiss man den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen, die Vergabe von Baurecht statt Verkauf oder Bau von Sozialwohnungen richtig zu schätzen. Genauso sollte eine Stiftung, die in wirkungsorientierte Investitionen einsteigt, zuvor systematisch erarbeiten, welche Faktoren für sie von Bedeutung sind, welche Ziele verfolgt werden sollen, welche Risiken sie eingeht und welche eigenen Kompetenzen bestehen. Ansonsten läuft sie Gefahr, vor allem der entgangenen finanziellen Rendite nachzutrauern, anstatt die eigentliche Wirkung des Vermögens zu verstehen. ‹

[1] Vermögensverwaltung und Nachhaltigkeit bei Schweizer Stiftungen, herausgegeben vom Center for Philanthropy Studies (CEPS) und der Globalance Bank (2021).
[2] Mit BVV 2 gemeint ist die Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge von 1984, www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1984/543_543_543/de

Georg von Schnurbein
ist Professor für Stiftungsmanagement und Gründungsdirektor des Center for Philanthropy Studies (CEPS) der Universität Basel.